

Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Rates

Sitzungstermin: Donnerstag, 07.12.2023
Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 21:40 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Oberbürgermeister

Kruithoff, Tim

Oberbürgermeister

Vorsitzender

Strelow, Gregor

SPD-Fraktion

Davids, Walter

Götze, Horst

Hemken, Harald

Kruse, Detlef

Kruse, Doris

Noetzel, Sabine

Rosema, Swantje

Stomberg, Holger

ten Hove, Andreas

Wilts-Heuse, Amke

Winter, Maria

(bis 21:15 Uhr)

CDU-Fraktion

Falbe, Ole

Gröttrup, Bernd

Hegewald, Reinhard

Held, Wilke

Ohling, Albert

Risius, Andrea

Verlee, Gerold

stv. Ratsvorsitzender

Gruppe GRÜNE feat. Urmel

Borchers, Sebastian

Göring, André

Marsal, Andrea

Meyering, Johannes

Nützel, Christian

Ouedraogo, Abdou

Renken, Bernd

FDP-Fraktion

Bolinus, Erich

Busch, Friedrich

Eilers, Hillgriet

Meyer, Henning

von Gliszczynski, Alexander

Protokoll über die Sitzung des Rates

GfE-Fraktion

Müller, Horst
Eichhorn, Jochen
Janssen, Bernd
Martens, Michael

Gruppe DIE FRAKTION

Greving, Hagen
Luitjens, Stefan
Mennenga, Lars

Verwaltungsvorstand

Jahnke, Horst	Erster Stadtrat
Grendel, Volker	Stadtrat
Krantz, Irina	Stadtbaurätin

von der Verwaltung

Greiber, Herbert
Koch, Katalin
Philipps, Gaby

Protokollführung

Jetses, Karin

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Strelow eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Ganz besonders freue er sich, Frau Nannen zu TOP 5, Vorlage 18/1049 „Verleihung des Ehrenbürgerrechts“ in der heutigen Sitzung begrüßen zu dürfen. Zu Beginn der Sitzung sind 39 Ratsmitglieder anwesend.

Er bedankt sich im Namen des Rates bei Frau Philipps, der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Emden, für den kleinen Taschenkalender, der heute als kleines Präsent an die Ratsmitglieder verteilt worden sei.

Anschließend geht er näher auf das Nachschlagewerk „Plötzlich Aufsichtsrat – was nun?“ ein, welches heute vom FD 222 an die Ratsmitglieder herausgegeben worden sei. Auch hierfür möchte er sich im Namen des Rates herzlich bei der Verwaltung bedanken.

Im Anschluss daran gratuliert er **Herrn Stomberg** zu seinem 50. Geburtstag.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Strelow informiert,

Protokoll über die Sitzung des Rates

TOP 10, Vorlage 18/0017/2 „Bildung des Schulausschusses“ werde abgesetzt.

TOP 18, Vorlage 18/0983/2 „Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2024“ werde ersetzt durch die Vorlage 18/0983/3.

TOP 19, Vorlage 18/0949 „Wirtschaftsplan 2024 Gebäudemanagement“ werde ersetzt durch die Vorlage 18/0949/1.

TOP 34, Vorlage 18/1070 „Neu-/Umgestaltung Spielplatz Stephansplatz 2024“ werde von der Verwaltung zurückgezogen.

TOP 35, Vorlage 18/0381/3 „Parkraummanagementkonzept für den Bereich der Emdener Innenstadt“ werde von der Verwaltung zurückgezogen.

TOP 40, Vorlage 18/1009 „Benutzungs- und Gebührenordnung für das Stadtarchiv Emden“ werde ersetzt durch die Vorlage 18/1009/1.

Beschluss: Die Tagesordnung wird mit diesen Änderungen festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 11 über die Sitzung des Rates am 29.06.2023 - öffentlicher Teil

Herr Davids beklagt, sein Redebeitrag zu TOP 22 „Verkehrsführung in der Innenstadt – Verkehrsversuch Neutorstraße“, die er bemängelt hätte, weil er diese persönlich „chaotisch finde“ und auch die Verdrängung der PKWs in die umliegenden Wohnstraßen ablehne, sei nur verkürzt wiedergegeben worden. Herr Kruithoff hätte ihn seinerzeit gefragt, ob er denn eine bessere Idee hätte. Im Protokoll sei hierzu nur kurz aufgeführt worden „Herr Davids nimmt Stellung.“ Seine Aussage sei aber gewesen:

„Herr Kruithoff, wenn Sie mir so viel Zeit und so viel Manpower geben, wie wir Ihnen gegeben haben, hätte ich Ihnen eine bessere Idee gegeben.“

Er bitte um eine entsprechende Ergänzung. Dem wird zugestimmt.

Beschluss: Das Protokoll Nr. 11 über die Sitzung des Rates am 29.06.2023 – öffentlicher Teil – wird mit dieser Änderung genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Verleihung des Ehrenbürgerrechts; Vorlage: 18/1049

Herr Strelow geht ausführlich auf das Lebenswerk von Frau Nannen ein:

Protokoll über die Sitzung des Rates

Frau Nannen sei die erste Frau, der die Ehrenbürgerwürde in Emden zugesprochen werde, betont er. Anschließend nimmt er Stellung zu den Ehrenbürgerschaften, die ihren sieben männlichen Vorgängern verliehen worden seien. U. a. sei sie auch ihrem im Jahre 1996 verstorbenen Ehemann Henri Nannen im Jahre 1988 verliehen worden. Er hätte es gewagt, seiner Heimatstadt ein Museum zu stiften, aber ohne seine Frau, Eske Nannen wäre „dem Projekt Kunsthalle in der niederdeutschen Provinz“ nicht der Erfolg beschert worden, den es genommen habe. Heute zähle das Museum zu den Aushängeschildern, die die Stadt Emden auch über die nationalen Grenzen bekanntgemacht habe. Anschließend geht er auf die Malschule für Kinder und Jugendliche ein, die Frau Nannen im Jahre 1983 gegründet habe.

Herr Strelow wünscht Frau Nannen im Namen des Rates alles Gute. **Frau Nannen** bedankt sich hierfür. Sie werde sich auch weiterhin gerne für die Stadt Emden einsetzen. **Herr Kruihoff** fügt hinzu, die offizielle Verleihung des Ehrenbürgerrechts finde am 20.04.2024 um 18.00 Uhr im Klub zum guten Endzweck statt. Alle Ratsmitglieder seien hierzu herzlich eingeladen. Als Grund für den späten Termin erklärt er, die Verwaltung möchte einen ganz besonderen Festredner hierzu einladen. Sie hätte sich daher dessen Terminplan anpassen müssen.

Anm. der Protokollführung:

Nach einer zwischenzeitlichen Abstimmung des Oberbürgermeisters mit der Ehrenbürgerin wird die offizielle Verleihung des Ehrenbürgerrechts am 20.04.2024 um 18.00 Uhr in der Johannes a Lasco Bibliothek stattfinden.

Beschluss: **Frau Eske Nannen**, geboren am 04.01.1942 in Emden, wird das Ehrenbürgerrecht der Stadt Emden verliehen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Antikorruptionsstelle; - Aufgabenzuordnung zum Rechnungsprüfungsamt
Vorlage: 18/1012

Herr Strelow geht näher auf die o. g. Vorlage ein.

Beschluss: Die sich aus der Eigenschaft des Antikorruptionsbeauftragten ergebenden Aufgaben werden mit sofortiger Wirkung dem RPA zugeordnet.

Ergebnis: einstimmig

TOP 7 Bildung des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen, Tourismus und Digitales
Vorlage: 18/0013/4

Beschluss:

Der Rat stellt für den Ausschuss für Wirtschaft, Hafen, Tourismus und Digitales die nachstehend aufgeführte Besetzung gem. § 71 NKomVG fest:

beratende Mitglieder

Michael de Vries

vorschlagsberechtigt

Deutscher Gewerkschaftsbund

Ergebnis: einstimmig

Protokoll über die Sitzung des Rates

TOP 8 Bildung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice;
Vorlage: 18/0014/4

Beschluss:

Der Rat stellt für den Ausschuss öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice die nachstehend aufgeführte Besetzung gem. § 71 NKomVG fest:

beratende Mitglieder

Frau Polizeioberrätin Frida Sander

vorschlagsberechtigt

Polizeiinspektion Leer/Emden

Ergebnis: einstimmig

TOP 9 Bildung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration
Vorlage: 18/0015/6

Beschluss:

Der Rat stellt für den Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Integration die nachstehend aufgeführte Besetzung gem. § 71 NKomVG fest:

beratende Mitglieder

Susanne Röttger

vorschlagsberechtigt

Caritasverband Ostfriesland (Diözese Osnabrück) e. V.

Ergebnis: einstimmig

TOP 10 Bildung des Schulausschusses; Vorlage: 18/0017/2

Ergebnis: Dieser TOP wird abgesetzt.

TOP 11 Bildung des Jugendhilfeausschusses; Vorlage: 18/0018/7

Beschluss:

Der Rat stellt für den Jugendhilfeausschuss die nachstehend aufgeführte Besetzung gem. § 71 NKomVG fest.

B beratende Mitglieder

8. Elternvertreter/in von Kindertagesstätten

Katja Jetses (Abwesenheitsvertreterin: Mona Reisinger)

Ergebnis: einstimmig

Protokoll über die Sitzung des Rates

TOP 12 3. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Emden vom 15.12.2011;
Vorlage: 18/0961

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage 18/0961 beigefügte 3. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Emden vom 15.12.2011.

Ergebnis: einstimmig

TOP 13 Resolution zum Verfahren des Landes für das Reaktivierungsprogramm der Bahnstrecke Emden – Aurich; Vorlage: 18/1068

Herr Nützel zeigt sich im Namen der Gruppe GRÜNE feat. Urmel und der SPD-Fraktion erfreut über den u. g. Beschluss. Wenn die Zentralklinik fertiggestellt sei, seien viele Bürgerinnen und Bürger – auch aus der Stadt Emden - auf einen regelmäßige, verlässliche Bahnanbindung angewiesen. Von der Reaktivierung der o. g. Strecke könnten u. a. Schülerinnen und Schüler, Studierende, Pendlerinnen und Pendler u. a. profitieren. **Herr Verlee** bedauert, dass Herr Nützel nur die SPD-Fraktion erwähne. Dieser Antrag sei gemeinschaftlich von den Fraktionen gestellt worden.

Frau Winter stellt klar, ursprünglich hätte die SPD-Fraktion sich die Reaktivierung der Bahnlinie in ihrer Fraktionssitzung vorstellen lassen. Daraufhin hätte die SPD-Fraktion den Antrag gestellt, dieses Thema im Ausschuss für Wirtschaft, Hafen, Tourismus und Digitales präsentieren zu lassen. Dem sei auch nachgekommen worden. Sie freue sich über die o. g. Resolution. Viele würden zwischen Aurich und Emden hin und her pendeln und nach der Fertigstellung des Zentralklinikums mache die Reaktivierung für den Personenverkehr noch mehr Sinn. **Herr Eichhorn** schließt sich den Ausführungen seiner Vorredner an. Die GfE-Fraktion würde es sehr begrüßen, wenn das Land Mittel dafür zur Verfügung stellen würde. **Herr Bolinius** erklärt, seine Fraktion unterstütze die o. g. Resolution ebenfalls. Er möchte den Landtagsabgeordneten, Herrn Arends, bitten, in Hannover entsprechend tätig zu werden, damit die o. g. Resolution auch verwirklicht werde.

Beschluss:

Die Stadt Emden befürwortet das Vorhaben zur Reaktivierung der Bahnstrecke Emden – Aurich (Aurich – Abelitz) für den schienengebundenen Personennahverkehr (SPNV) und das damit verbundene derzeitige Prüfungsverfahren des Landes Niedersachsen. Der Rat der Stadt Emden bittet das Land Niedersachsen um eine Berücksichtigung der Strecke Emden – Aurich im Rahmen des derzeitigen Landesverfahrens zur Förderung der Reaktivierung von stillgelegten Bahnstrecken.

Ergebnis: einstimmig

TOP 14 Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 111 Abs. 7 NKomVG; Vorlage: 18/0986

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die Annahme der in der Begründung der Vorlage 18/0986 aufgeführten Spende.

Ergebnis: einstimmig

Protokoll über die Sitzung des Rates

TOP 15 Zustimmung zu außerplanmäßigen Auszahlungen gemäß § 58 I Nr. 9 i. V. m. § 117 NKomVG für das Haushaltsjahr 2021; Vorlage: 18/1078

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden stimmt der in der Begründung zur Vorlage näher beschriebenen außerplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2021 in Höhe von 550.000 Euro für die Ersatzbeschaffung von Rettungswagen zu.

Deckungsvorschlag:

Die Deckung erfolgt durch Überschüsse aus der laufenden Verwaltungstätigkeit.

Ergebnis: einstimmig

TOP 16 Zustimmung zu außerplanmäßigen Auszahlungen gemäß § 58 I Nr. 9 i. V. m. § 117 NKomVG für das Haushaltsjahr 2022; Vorlage: 18/1079

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden stimmt der in der Begründung zur Vorlage näher beschriebenen außerplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2022 in Höhe von 550.000 Euro für die Ersatzbeschaffung von Rettungswagen zu.

Deckungsvorschlag:

Die Deckung erfolgt durch Überschüsse aus der laufenden Verwaltungstätigkeit.

Ergebnis: einstimmig

TOP 17 Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 58 I Nr. 9 i. V. m. § 117 NKomVG für das Haushaltsjahr 2023
Vorlage: 18/1077

Herr Jahnke nimmt Bezug auf die unter Ziff. VI der o. g. Vorlage (Sonderzuschuss GME 1 Mio €, Allgemeine Finanzwirtschaft) aufgeführte überplanmäßige Ausgabe. Er weist darauf hin, dass die Stadt Emden sich trotz der schwierigen Haushaltssituation dazu entschieden hätte, dem Gebäudemanagement diesen Betrag als Unterstützung – insbesondere für die Sanierung von Schulen – zur Verfügung zu stellen. Somit könnte das Gebäudemanagement bis zur Genehmigung des Haushaltes schon mit Sanierungsmaßnahmen beginnen. **Herr Renken** erwidert, dieses Thema sei im Vorfeld der heutigen Sitzung bereits diskutiert worden. Aus den Reihen des Rates sei diese Maßnahme begrüßt worden.

Ihm sei aufgefallen, dass mehr als 568.000 € aus dem Budget des FD Schule, Bildung und Sport für Grundstückseinkäufe eingeplant seien. Er bitte hierzu um eine Erläuterung der Verwaltung.

Er merkt an, überwiegend würden die Maßnahmen aus Mitteln aus der Verzinsung von Steuernachzahlungen finanziert (fast 3,5 Mio. € in Summe). Dieser Topf werde irgendwann erschöpft sein. Er fragt, inwiefern dieser Topf überhaupt noch genutzt werden könne für weitere Gegenfinanzierungen. **Herr Jahnke** antwortet, der Hintergrund sei, dass man aus einer lang zurückliegenden Betriebsprüfung (2007 – 2010) – entgegen der Prognosen - eine erhebliche Steuernachzahlung erhalten hätte, die bis zum Zahlungszeitpunkt entsprechend zu verzinsen sei. Dies hätte die Stadt in die positive Situation im Jahr 2023 versetzt, die Maßnahmen, die überplanmäßig dargestellt worden seien, aus diesem Topf noch einmal finanzieren zu können.

Protokoll über die Sitzung des Rates

Herr Strelow erinnert Herrn Jahnke an die Frage von Herrn Renken, warum die o. g. Summe aus dem Budget des FD Schule, Bildung und Sport genommen worden sei. **Herr Jahnke** kann hierzu noch keine Auskunft geben. Er sagt eine Antwort während der Ratssitzung zu.

Anm. von Herrn Jahnke:

Es handelt sich hier nicht um den FD Schule, Bildung und Sport, sondern um den FD Kinder und Familien. Diese Ausgabe ist im investiven Bereich gedeckt. Sie erfolgt aus dem Topf „Kindergartenbau“ und muss sukzessive diesem Topf auch wieder zugeführt werden, wenn die Verwaltung neue Projekte plant.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden stimmt den in der Begründung zur Vorlage näher beschriebenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen zu:

I.	Erwerb von Nomexschutzkleidung (Fachdienst Brand-, Zivil und Katastrophenschutz)	150.000 €
II	Zuschuss Ökowerk (Fachdienst Umwelt und Klimaschutz)	70.000 €
III.	LED-Umrüstung (Betrieb Ostfriesisches Landesmuseum)	85.000 €
IV.	Ankauf Flächen Flugplatz (Fachdienst Liegenschaften)	140.000 €
V.	Gebäudereinigung allgemein (Betrieb Gebäudereinigung)	70.000 €
VI.	Sonderzuschuss GME (Allgemeine Finanzwirtschaft)	1.000.000 €
VII.	Inklusionsleistungen (Fachbereichsleitung 600)	325.000 €
VIII.	Unterhaltsvorschuss (Fachdienst Jugendhilfe)	120.000 €
IX.	Unterbringungskosten (Fachdienst Sozialer Dienst)	1.646.300 €

Deckungsvorschlag:

- I. Die Deckung der außerplanmäßigen Aufwendung in Höhe von 150.000 € erfolgt durch Mehrerträge im Bereich der Verzinsung von Steuernachforderungen.
- II. Die Deckung der außerplanmäßigen Aufwendung in Höhe von insgesamt 70.000 € erfolgt durch Mehrerträge im Bereich der Verzinsung von Steuernachforderungen.
- III. Die Deckung der überplanmäßigen Auszahlung in Höhe von insgesamt 85.000 € erfolgt in Höhe von 75.000 € aus dem eigenen Investitionsbudget des Ostfriesischen Landesmuseums Emden und in Höhe von 10.000 € aus dem Investitionsbudget des Fachdienstes Umwelt und Klimaschutz.
- IV. Die Deckung erfolgt fachdienstübergreifend aus dem Budget des Teilhaushaltes Wirtschaftsförderung. Hier besteht ein Haushaltsrest in Höhe von 200.000 €, der nicht mehr benötigt wird. Er war für die Rückzahlungen aus den Teilwiderrufen der Bewilligungsbescheide inklusive der Zinslasten der vom Land seinerzeit zugesagten Förderungen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) kofinanziert über die EU aus den Jahren 2000 - 2013 vorgesehen.

Da diese Rückforderungen (August 2023) aufgrund des langen Zeitraumes, der seit dem vergangen ist, haushaltstechnisch über den Ergebnishaushalt abzuwickeln war, eine Mittelverschiebung des dafür zurückgestellten Betrages aus dem investiven Haushalt in den Ergebnishaushalt nicht möglich war, blieb dieser Rest ungenutzt. Er findet auch bei der Vergabe laufender KMU-Anfragen keine Verwendung, da der dafür zur Verfügung stehende Ansatz ausreichend ist.

Protokoll über die Sitzung des Rates

- V. Die Deckung der außerplanmäßigen Aufwendung in Höhe von 70.000 € erfolgt durch Mehrerträge im Bereich der Verzinsung von Steuernachforderungen.
- VI. Die Deckung der außerplanmäßigen Aufwendung in Höhe von 1.000.000 € erfolgt durch Mehrerträge im Bereich der Verzinsung von Steuernachforderungen.
- VII. Die Deckung der überplanmäßigen Aufwendung in Höhe von 325.000 € erfolgt durch Mehrerträge im Bereich der Verzinsung von Steuernachforderungen.
- VIII. Die Deckung der überplanmäßigen Aufwendung in Höhe von 120.000 € erfolgt durch Mehrerträge im Bereich der Verzinsung von Steuernachforderungen.
- IX. Die Deckung der überplanmäßigen Aufwendung in Höhe von 1.646.300 € erfolgt durch Mehrerträge im Bereich der Verzinsung von Steuernachforderungen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 18 Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2024; Vorlage: 18/0983

Ergebnis: Diese Vorlage wurde ersetzt durch die Vorlage 18/0983/3.

TOP 18.1 Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2024; Vorlage: 18/0983/3

Herr Strelow informiert, dass am 05.12.2023 eine neue Änderungsliste an alle Ratsmitglieder verschickt und in das Ratsinformationssystem eingepflegt worden sei. Gem. § 10, Ziff. III, der Geschäftsordnung des Rates betrage die Redezeit max. 20 Minuten/pro Sprecher einer Fraktion oder Gruppe.

Herr Jahnke erläutert, der Rat und die Verwaltung hätten diesen schwierigen Haushalt intensiv miteinander beraten und verhandelt. Hierfür möchte er sich bei den Fraktionen und Gruppen des Emdener Rates recht herzlich bedanken. Bei einem Haushalt, der in diesem oder im nächsten Jahr mit – 33 Mio. € beginnen und dann auf – 36 Mio. € hinauslaufen werde, sei diese Debatte sicherlich auch nötig gewesen. Über – 140 Mio. € in vier Jahren: eine so schlechte Finanzsituation hätte die Stadt Emden – seitdem er Mitglied des Rates gewesen bzw. Kämmerer geworden sei - noch nie gehabt.

Die kommunalen Haushalte seien nicht mehr in der Lage, sämtliche gesellschaftlichen Probleme aufzunehmen und von Seiten des Landes kämen immer mehr Verpflichtungen hinzu (z. B. die Wohngeldnovelle), denen die Kommunen nachzukommen hätten. Er glaube aber, den Haushalt heute nicht zu verabschieden, könne auch keine Lösung sein.

Er kündigt die nächste Sitzung der Haushaltsstrukturkommission für Februar 2024 an. Er erinnert an „das Riesenpaket“ von Maßnahmen, welches dem Rat vorgelegt worden sei. Man werde weitere Lösungen suchen müssen über die 8,5 Mio. € Einsparmaßnahmen hinaus, die man schon in den Haushalt eingearbeitet hätte. Insofern würde er den Rat herzlich bitten, der o. g. Vorlage zuzustimmen.

Anschließend nimmt er Stellung zu der Situation der Kitas und Schulen. Er weist darauf hin, dass man in Emden keinen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz oder einen Ganztagschulplatz beschlossenen hätte. Der Bund hätte es beschlossen und das Land sei dem beigetreten. Am Ende

Protokoll über die Sitzung des Rates

würden die Eltern aber auf den Jugendhilfeträger, die Stadt Emden, „zeigen“. Sie würden erwarten, dass die o. g. Maßnahmen umgesetzt werden. Dies sei nicht korrekt. Wie lautete der alte Satz: „Wer die Musik bestellt, bezahlt sie auch!“

Danach geht er näher auf die Gewerbesteuern und die Flüchtlingssituation ein. Er würde sich freuen, wenn es ein deutliches Signal des Rates Richtung Bund und Land gäbe, dass die Stadt Emden am Ende ihrer Möglichkeiten angekommen sei.

Herr Strelow bedankt sich bei Herrn Jahnke für die einführenden Worte zu dem Haushalt. Anschließend bittet er Frau Winter um Vortrag. **Frau Winter** trägt vor:

„Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Kruthoff, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, liebe Kolleginnen und Kollegen, erst einmal vielen Dank an Horst Jahnke, Stefan Jacobs und Team, für die ausführliche und umfassende Unterstützung bei unseren Haushaltsberatungen. Bei dem vorgelegten Haushaltsentwurf der Verwaltung sowie des Gebäudemanagements habe ich das Gefühl, „wir steuern mit Volldampf gegen die Wand und erhöhen 10 m davor noch einmal das Tempo“.

Wie ich im letzten Jahr auch schon sagte, betrauen uns Bund und Land mit immer mehr Pflichtaufgaben, wie z.B. den Ganztagsausbau oder den Anspruch auf einen Kita-Platz und beteiligen sich dann nur mit einem Teil der Kosten. Das wir als Kommune einen Teil dazu beitragen sollen, da unsere BürgerInnen davon partizipieren, ist für mich nur zum Teil verständlich. Diese dauerhafte und strukturelle Unterfinanzierung und eklatanten Fehlbeträge für unsere Kommune nehmen uns „den Spielraum“, durch Investitionen zu gestalten und die uns lieb gewonnenen freiwilligen Leistungen für das soziale Gesicht unserer Stadt zu erhalten. Das wir als Kommune damit nicht alleinstehen, mag uns zwar etwas „beruhigen“, aber wir dürfen nun nicht „die Hände in den Schoß legen“, ohne uns um weitere Konsolidierungsmaßnahmen Gedanken zu machen.

Emden ist nach wie vor eine einkommensschwache Stadt mit vielen Menschen, die auf Leistungen angewiesen sind. Dadurch gehört der Löwenanteil zu den pflichtigen Aufgaben, „an deren Schrauben wir nicht drehen können“. Die Verwaltung hat schon mögliche Konsolidierungsmaßnahmen vorgelegt, die - wenn wir dann zwangsläufig in die Umsetzung kommen - alle Einwohnerinnen und Einwohner treffen werden.

Ich bin nun seit zwölf Jahren im Rat und auch schon so lange im Finanzausschuss. Jedes Jahr ist es schwieriger Einsparpotential zu generieren. Und es erstaunt mich dann doch, dass die Verwaltung aus den Budgetgesprächen bereits für den diesjährigen HH ein Konsolidierungsergebnis von 2,5 Mio. € zusammen bekommen hatte und nun für 2024 weitere 8,5 Mio. €.

Na ja, und – machen wir uns nichts vor – auch dies ist nur „ein Tropfen auf dem heißen Stein“. Wir planen den Haushalt 2024 mit einem Defizit von ca. 34,1 Mio. €. Wenn uns nicht ein weiteres Mal ein wenig Glück widerfährt, droht uns damit 2026 - spätestens 2027 - die Überschuldung, d.h. unser Jahresabschluss übersteigt unser derzeitiges Eigenkapital von 106 Mio. €.

Wie ich im letzten Jahr bereits gesagt habe: Auch das ist nichts Neues: Die Last werden am Ende die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt und wir alle tragen müssen. Wir werden uns irgendwann von stadtprägenden Dingen verabschieden müssen, die uns liebgewonnen und ans Herz gewachsen sind, wenn ich da an die Bereiche Kultur, Sport oder auch verschiedene Projekte denke - wobei ich auch hier kaum Möglichkeiten von Einsparpotentialen sehe.

Um weitere Einnahmen zu generieren hatten wir als SPD-Fraktion einen Antrag auf die Einführung einer Übernachtungssteuer auf den Weg gebracht. Das dies ein gangbarer Weg ist, zeigen uns unsere Nachbarkommunen, die nun ebenfalls eine Übernachtungssteuer einführen werden.

Protokoll über die Sitzung des Rates

Wir halten dieses Instrument nach wie vor für einen sinnvollen und effektiven Baustein, um damit dann ein Gesamtpaket an Konsolidierungsmaßnahmen zu schnüren.

Dennoch werden wir trotz der schwierige HH-Situation weiterhin investieren. Wir haben uns mit der Verwaltung auf ein umfangreiches Investitionsprogramm mit einem hohen Maß an Wertschöpfung für die Region einigen können.

Mit diesem Haushaltsentwurf investieren wir in 2024 17,65 Mio. € also ca. 7 Mio. € weniger als im Jahr 2023, aber dafür zusätzlich ca. 18,82 Mio. € im GME - also 8,5 Mio.€ mehr als im Jahr 2023. Das macht dann insgesamt nahezu 36,45 Mio. € aus, also noch einmal 1,4 Mio. mehr als 2023 (2023=35 Mio. €). Auch damit erreichen wir wieder ein Rekordinvestitionsvolumen, bei dem der Löwenanteil diesmal in die Bereiche der Schulsanierungen und städtischen Gebäude fließen wird.

Vieles können wir uns leisten, weil wir dafür eine Förderung bekommen. Laut Verwaltung liegt die Quote bei den förderfähigen Maßnahmen bei 77 %. Im Vergleich zu 2023 lagen wir noch bei 84 %. Nichtsdestotrotz müssen wir uns zukünftig noch genauer damit auseinandersetzen, welche Förderprojekte wir mitmachen wollen. Bei dem vorgelegten Investitionsprogramm ist nichts, wo ich sagen würde „nice to have“. Wir führen damit die begonnenen Investitionen und Maßnahmen fort, wie z.B. die Digitalisierung an den Schulen und in der Verwaltung oder die Weiterentwicklung des Baugebietes Conrebbersweg.

Um die Situation in der Innenstadt weiterhin zu verbessern, stehen fast 3 Mio. € zur Verfügung - auch hier führen wir die begonnenen Maßnahmen weiter fort, die allerdings einem hohen Förderanteil unterliegen.

Wir investieren fast insgesamt 4 Mio. € in unsere sozialen Stadtteilprojekte in Barenburg, in Port Arthur unter anderem mit der Gebäudemodernisierung der Pumpstation, weitere Sanierung der Althusiusstraße und in Borssum z.B. mit dem energetischen und sozialen Sanierungskonzept und der Umgestaltung des Parkplatzes Edeka Markt. Auch hier bekommen wir eine 2/3 Förderung.

Mit dem Grünen Band Emden werden bereits laufende Förderprojekte, wie u.a. am Schwanenteich, umgesetzt. Damit verbessern wir die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in den Stadtteilen, aber auch der Innenstadt. Es kommt also ganz vielen Menschen in unserer Stadt zugute.

Auch der Topf mit dem Zuschuss für Sportförderung ist wieder aufgefüllt. Unsere Sportvereine mit ihrem großen ehrenamtlichen Engagement leisten einen wichtigen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dies wollen wir unbedingt weiter unterstützen. Und ich sage hier ganz deutlich: Mit uns wird es keine Kürzung an dieser Stelle geben!

Mit dem Ausbau weiterer Betreuungskapazitäten im Kita-/ und Krippenbereich decken wir wieder ein Stück des dringend benötigten Bedarfes ab. Somit geht ein dicker HH-Ansatz von ca. 1,5 Mio. € in den Ausbau Krippe/Kita.

In meiner ersten Wahlperiode lag der Schwerpunkt aufgrund der Reform der Schulstruktur auf den Neubau sowie Anbau bei unseren Schulen. In der zweiten Wahlperiode haben wir den Schwerpunkt auf den Kitausbau gelegt. Und nun sind wir bei den dringenden Schulsanierungen angelangt. Wir wollen weiterhin den räumlichen Voraussetzungen und modernen Ausstattungsstandards gerecht werden. Damit das Gebäudemanagement schon anfangen kann, hatten wir heute bereits den Beschluss gefasst aus dem HH 2023, 1 Mio. € an das GME zu geben, damit von dort bereits mit dringenden Arbeiten begonnen werden kann.

Leider ist uns der Haushaltsentwurf des GME „in der Schlusskurve verhaselt“, da uns ca. 2 Mio. € Fördermittel fehlen, mit denen wir ursprünglich gerechnet haben. Diese fehlen uns insbesondere

Protokoll über die Sitzung des Rates

beim Ganztagsausbau an den Schulen. Ich gehe davon aus, dass wir – „wenn es hart kommt“ - Maßnahmen insbesondere beim Ganztagsausbau „schieben werden müssen“.

Bei den Investitionsmaßnahmen von insgesamt 18,8 Mio. € im GME sind die dringend notwendigen Sanierungen des Jugendzentrums Alte Post und der BBS II, die wir aber schon begonnen haben und weiter fortsetzen werden, enthalten - also alles nichts Neues. Sowie die umfangreichen Erweiterungen an den Grundschulen Fruchteburg, Westerbürg und Wybelsum werden weiter fortgesetzt.

Auch zur weiteren Erreichung der Klimaziele und des seinerzeit gefassten Ratsbeschlusses mit „Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden“ wird weiter umgesetzt an den Grundschulen Larrelt, Constantia und Petkum, die IGS, das JAG, das Verwaltungsgebäude I und die Kindergärten Conreberweg und Transvaal. Also auch hier alles in allem die Fortführung der bereits begonnenen Maßnahmen und aus meiner Sicht nichts „nice to have“.

Die Nordseehalle, die an bestimmten Stellen einer Sanierung bzw. eines Umbaus bedarf, ist mit 1 Mio. im Ansatz des GME. Diese wollen wir gerne zur Dreifachsporthalle umbauen und renovieren. Seitens der Verwaltung, des SSB und der Vereine ist uns gespiegelt worden, dass es an entsprechenden Hallenzeiten fehlt. Dem wollen wir gerne nachkommen, wenn wir die entsprechenden Fördermittel des Bundes bekommen. Was daraus wird, werden wir sehen, die Haushaltslage seitens des Bundes ist allen hinlänglich bekannt. Sollte es keine Fördermittel geben, werden wir uns mit der Verwaltung noch einmal zusammensetzen müssen, um zu schauen, wie wir denn weiter damit umgehen wollen und vor allen Dingen, was wir uns an der Stelle noch leisten können.

Kommen wir zu den Personalkosten und dem Stellenplan: Ich bin der Meinung, dass bei 840 Mitarbeitenden zusätzliche Stellen innerhalb der Verwaltung zu kompensieren sein müssten. Innerhalb der Fraktion haben wir zum Stellenplan sehr kontrovers und intensiv diskutiert und uns die Entscheidungen nicht leicht gemacht. Natürlich wissen wir als SPD-Fraktion, dass es Fachbereiche bei der Verwaltung gibt, die am Limit arbeiten und es wird immer Fachbereiche, aber auch Gegebenheiten und Situationen geben, bei denen es Sinn macht, Personal aufzustocken. Ich sage hier aber auch einmal deutlich: Wir wollen, dass die Beschäftigten der Stadt und ihrer Töchter vernünftig arbeiten können und wollen eine Sicherung ihrer qualifizierten Arbeit zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger.

Deswegen stimmen wir der Stellenerweiterung im FB 500 mit 4,85 Stellen, wie von Volker Grendel im Finanzausschuss ausführlich erläutert, zu. Diese Stellen dienen den Menschen, die dringend auf die Unterstützung angewiesen sind, damit ihre Anträge schneller bearbeitet werden und sie somit ihre dringend benötigten Leistungen bekommen können. Wir erwarten aber gleichzeitig von der Verwaltung, dass sie sich stark macht, dass es davon für 1,95 Stellen eine größtmögliche Refinanzierung gibt.

Die zusätzliche Stelle im Stadtordnungsdienst: nennen wir es mal „Ein Bewacher für den Sicherheitsdienst“ stimmt nur ein Teil der SPD-Fraktion zu. Wenn wir einen Auftrag an einen Sicherheitsdienst in unserer Stadt geben, müssen wir uns darauf verlassen können, dass der Auftrag wie vereinbart ausgeführt wird. Ansonsten müssen wir - wenn die vereinbarte Leistung nicht stimmt - diesen Sicherheitsdienst nicht bezahlen bzw. die Zahlungen kürzen. Hinzu kommt, dass wir uns ausführlich mit der Polizei und dem Präventionsrat auseinandergesetzt haben. Deren Aussage war, dass sich die objektive Sicherheitslage in der Stadt nicht verschlechtert hat. Dies wurde im zuständigen Ausschuss auch dargelegt. Dennoch herrscht seitens der EinwohnerInnen das Gefühl, also die subjektive Wahrnehmung, dass es an Sicherheit in der Stadt mangelt.

Wir sind der Meinung, dass wir als Stadt nicht die Aufgaben der Polizei zu übernehmen haben und das es aus Sicht der Verwaltung reicht, im Rahmen der Sicherheitspartnerschaft unseren

Protokoll über die Sitzung des Rates

Beitrag (u.a. mit der Beauftragung des Sicherheitsdienstes) abzudecken. Außerdem könnten wir dann für jeden Bereich einen Kontrolleur einstellen, der die Tätigkeiten der beauftragten Unternehmen überwacht. Vielleicht sogar einen, der die Arbeiten des Oberbürgermeisters für uns kontrolliert. Insofern würde ich zu dem Punkt MA Stadtordnungsdienst eine Einzelabstimmung beantragen.

Wir brauchen den Haushalt nicht „schönreden“. Der ist und bleibt desaströs - aus meiner Sicht als Folge der seit Jahren von Land und Bund auferlegten weiteren Pflichtaufgaben und der dauerhaften und strukturellen Unterfinanzierung. Ich bin mal gespannt, wie das Ministerium auf unseren Haushalt 2024 reagieren wird. Ansonsten wird meine Fraktion außer dem genannten Punkt im Stellenplan zum Stadtordnungsdienst dem Budget der Stadt Emden und des Gebäudemanagements zustimmen. Vielen Dank!“

Herr Strelow bedankt sich bei Frau Winter für ihren Vortrag und erteilt Herrn Verlee das Wort. **Herr Verlee** vor.

„Alle Jahre wieder“

Alle Jahre wieder kommt der Haushaltschmerz, auf die Stadt nieder, wo wir Ratsmitglieder sind. Kehrt mit seinen Sorgen ein in jeden Bereich.

Ja, liebe Ratsvertreter mit diesen umgedichteten Liedzeilen möchte ich verdeutlichen, dass wir immer wieder, ja fast schon gequält, Jahr für Jahr über unseren Haushalt sprechen und ihn dann mürrisch beschließen - wie im Übrigen fast alle Kommunen in der Bundesrepublik.

Wie in so vielen anderen Jahren beklagen wir, dass das Geld nicht reicht. In der Vergangenheit war dies jedoch noch händelbar. Die Einnahmen waren gut und die Aufgaben und damit die Ausgaben, die das Land und der Bund bestellt haben, konnten wir auch noch bezahlen. Dieses Jahr ist aus meiner Ansicht einiges anders. Die aktuelle Haushaltslage ist alarmierend. Der Blick in die Zukunft ist mehr als herausfordernd. Die schwierigen Jahre liegen nicht hinter uns, sondern vor uns. Das Defizit in Emden wird rasant ansteigen, aber auch für die anderen Kommunen wird es schwer. So sehen kommunale Spitzenverbände ein bundesweites Defizit von 6,4 Mrd. € bei den Kommunen. Für 2024 wird ein Defizit in Höhe von knapp 10 Mrd. € erwartet. Dabei sind die Steuerrechtsänderungen durch das Wachstumschancengesetz mit Steuerausfällen in Höhe von fast 3 Mrd. € noch nicht berücksichtigt. Es zeigt sich für die Zukunft eine massive und dauerhafte strukturelle Unterfinanzierung der kommunalen Haushalte.

Der Stadt Emden fehlt es an einer soliden Finanzausstattung durch das Land Niedersachsen und den Bund, um die enormen gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen meistern zu können. Die Häufung der Krisensituationen in den letzten Jahren und die Übertragung immer neuer Aufgaben haben die Kommunen vor Herausforderungen gestellt, die nur mit erheblichen finanziellen und personellen Ressourcen zu meistern waren und sind. Die kommunale Handlungsfähigkeit kann in Zukunft nur mit einer dauerhaften und verlässlichen zusätzlichen Finanzausstattung durch das Land und den Bund aufrechterhalten werden. Das eint uns mit anderen Kommunen. Aber es hat sich auch etwas in Emden geändert und eint uns nicht mit allen.

Wir haben neben einem Ausgabeproblem, was im Übrigen nicht erst seit gestern so ist, jetzt auch ein zusätzliches Einnahmeproblem. Die guten Jahre sind vorbei. Wenn man mit einbezieht, dass die Gewerbesteuererinnahmen immer zeitversetzt sind, gehe ich fest davon aus, dass in diesem Jahrzehnt keine deutliche Verbesserung mehr zu verspüren ist. Auch der kommunale Finanzausgleich wird das nicht auffangen und zukünftig deutlich geringer ausfallen. Und mit dieser Erkenntnis, darf es „ein Weiter so“ nicht geben. Ich habe eine Grundüberzeugung, dass ich nur das Geld ausgeben kann, was ich habe.

Protokoll über die Sitzung des Rates

Wenn man die Kosten in den Fachbereichen 500/600 sieht, dann habe ich Angst. Angst die Kontrolle über die Kosten verloren zu haben. Angst darüber, dass der soziale Zusammenhalt bricht, die Gefahr das Leistung nicht mehr lohnt und somit das Solidaritätsprinzip nicht mehr zu halten ist. Im Hinterkopf weiß ich, dass die Emdener Verwaltung schon erheblich entgegengewirkt hat. An dieser Stelle möchte ich die Verwaltung loben und dabei ganz ausdrücklich bei Volker Grendel und Horst Jahnke mit ihren Teams, dass in Summe 8,5 Mio. € einspart wurden. Dafür ein deutliches Danke!

Liebe Ratsvertreter, das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Anstieg des Ergebnisses im Bereich 600 immens ansteigt. Der Bereich Jugend, Schule und Sport wird von 56 Mio.€ in 2022 auf 62 Mio. € in 2023 und geplant für 2024 auf 64 Mio. € ansteigen. 45 % sind dabei Transferaufwendungen. Im Bereich 500 sieht es noch düsterer aus. Auch wenn dort die Erträge - also die Übernahme von Dritten - höher ist, sind die Zahlen alarmiert. Hier sind die Aufwendungen von 66 Mio. € auf 80 Mio. € im Jahre 2023 angestiegen. Hier sind die Kostentreiber, Eingliederungshilfe, Grundsicherung, SGB II und Asylbewerberleistungsgesetz.

Wir in Emden haben uns dabei vorbildlich in die Pflicht nehmen lassen. Nach Beginn des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine hat die Stadt eine Vielzahl von geflüchteten Menschen aufgenommen, versorgt und untergebracht. Hinzu kommen Asylsuchende aus anderen Krisengebieten in der Welt. Trotz des knappen Wohnraums haben wir schnell gute Lösungen gefunden – humanitär wie auch finanziell. Wir haben Großes geleistet.

Das System ist aber nach wie vor von Seiten des Bundes und des Landes nicht ausreichend finanziert. Besonders bei den Folge- und Integrationskosten werden wir „im Regen stehen gelassen“. Dabei sorgen nur ausreichende und fortlaufende Integrationsmaßnahmen für ein gesellschaftliches Miteinander. Die in der Ministerpräsidentenkonferenz vom 07.11.2023 mit der Bundesregierung vereinbarte Unterstützung kann nur ein erster Schritt sein. Und ich hoffe, dass diese dann auch 1 zu 1 bei der Stadt ankommen. Trotzdem verschlechtert sich der Zuschussbedarf des Fachbudgets Soziales für das Haushaltsjahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr. Neben der finanziellen Ausstattung flehe ich die Bundesregierung an, eine Kehrtwende einzuleiten, um die immer größer werdende Zahl von Leistungsempfängern einzudämmen. Alles andere würde Existenzängste in mir verursachen.

Die Emdener CDU-Fraktion steht auch in Zukunft mit aller Kraft dafür ein, dass unsere Stadt seiner sozialen und gesellschaftlichen Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern gerecht wird. Aber dieser Verantwortung können wir nur mit einer auskömmlichen und dauerhaften Finanzierung nachkommen. Somit müssen wir schmerzliche Einschnitte vornehmen. Wir, die CDU, haben dazu klare Vorstellungen und Maßnahmen: Einige dieser Maßnahmen teilen wir im Übrigen mit der Verwaltung. Wir wollen diese Mio. Einsparungen schon jetzt umgesetzt sehen.

Dabei tun einige nicht einmal weh, wie z. B. ein zentrales Beschaffungswesen durchzusetzen. Ich sehe es als problematisch an, einen Beschluss zu fassen in dem ich weiß, dass dieser so gar nicht in Hannover genehmigt werden dürfte. Ein Absurdum. Genauso unverantwortlich wäre es, die Genehmigung in Hannover zu erhalten, ohne die sinnvollen Sparmaßnahmen umzusetzen. Klar könnte man heute durch Anträge die einzelnen Maßnahmen zur Abstimmung bringen. Es bedarf aber eines mutigen Gesamtpaketes, damit einzelne Maßnahmen nicht zerredet werden. Wir als Union stehen dafür bereit.

Es gibt dazu grundsätzliche Standpunkte. In Zeiten in der sich die Stadt nachhaltig verschuldet, darf eines nicht passieren, dass sich eine Verwaltung mit ihren Mitarbeitern noch mehr vergrößert. Hierbei bedarf es dann einer Transformation, um noch größere Probleme zu verhindern. Wir müssen dazu übergehen, Aufgaben zu priorisieren und uns von Aufgaben dann zu trennen, um die vermehrten Pflichtaufgaben zu erfüllen. Bei den Pflichtaufgaben muss man auch schauen,

Protokoll über die Sitzung des Rates

wie schnell und eifrig diese umgesetzt werden müssen. Schon komisch, einen Emissionsbeauftragten neu zu schaffen, einen Baumkontrolleur neu schaffen; fünf weitere Personen für die Bearbeitung von Wohngeld. Usw. usw. Aus unserer Sicht läuft hier etwas falsch. Wir, die CDU, sind bereit, alles zu hinterfragen und zu diskutieren. Aber eines werden wir nicht diskutieren. Weitere Kosten, die nicht bezahlbar sind.

Wir sind für die EmdlerInnen da. Das ist richtig und wichtig. Aber genauso sind wir für die zukünftigen EmdlerInnen da. Wir „schielen nicht“ auf aktuelle Wähler.

Neben unserem in Anführungszeichen Lieblingsthema Freibad, was uns jährlich on top einen mittleren sechsstelligen Betrag kostete, geht es uns auch um zukünftige Projekte.

Die Stadtwerke wird - so wie wir Sie kennen - nicht mehr für uns zur Verfügung stehen. Die Herausforderungen der Versorgung, die Dekarbonisierung wird dazu führen, dass wir sie nicht mehr für andere Aufgaben „melken können“.

Ein Thema wird heute noch unter einem extra Tagespunkt gewürdigt. Es geht um unseren zukünftigen ÖPNV. Ein ÖPNV, der bei Beschluss, in seiner Konsequenz für 10 Jahre gebunden ist. Neben der Herausforderung, die Busflotte Co2 neutral aufzustellen, wird bei diesem Streckenumfang „das Preisschild zu hoch sein“. Diesen ausgeschriebenen Umfang wird es nicht zu den geplanten Kosten geben. Der jährliche Gesamtumsatz wird größer sein als 5 Mio. €. Wir in der CDU - und auch Experten aus diesem Bereich - gehen von deutlich höheren Kosten aus. Und dann stellt sich die Frage, ob sich dieser dann in unserer Fahrradstadt rechtfertigen lässt. Wir sehen einen vertretbaren ÖPNV, der die Bedarfe deckt durch ein anderes Konzept bei geringen Kosten.

Wir gehen heute von einer Mehrheit aus. Das wird von uns respektiert. Aber bei einem können Sie sich sicher sein. Im Mai nächsten Jahres muss „ein Preisschild dran sein“, damit bei einer Überschreitung der Kosten, die letzte Chance einer Weiterführung, durch die Verlängerungsoption gewahrt bleibt.

Lassen Sie mich zum nächsten Thema kommen. Der weitere Ausbau der Ganztagschule. Hier wird von Bund beschlossen und das Land ist dem beigetreten. Die Ganztagschule grundsätzlich stelle ich nicht in Frage. Dafür steht die CDU und hat es so eingeführt. Aber in Emden bedeutet es, dass die nächsten 20 Mio. € anstehen. Eigentlich selbstverständlich, dass Bund und Land hier zahlen. Nein, ein lächerlicher Betrag von 2 Mio. € wird hier vom Land gezahlt. Und wir reden hier nur von Investitionskosten. O-Ton eines Verwaltungsmitarbeiters. Wenn uns die Investitionskosten nicht umbringen, dann spätestens die hierzu laufenden Betriebskosten. Es wird dazu führen, dass Ganztags nicht in allen Schulen umsetzbar ist.

Die „Wünsch-Dir-was Liste“ in Emden ist groß. Da seien nur zwei kurze Beispiele genannt. Der Wunsch nach einigen Kunstrasenplätzen und der Ausbau/Umbau der Nordseehalle. Ein Appell an alle. Es ist legitim für seine Sache zu kämpfen, aber wir sind an einem Punkt, bei dem das große Ganze gesehen werden muss. Bei den Investitionskosten missfällt mir, dass sich dabei „immer warm angezogen wird“. Es wird ein großzügiger Betrag eingestellt. Erkennbar, dass dieser überhaupt nicht aufgebracht werden kann. Das dieser dann im Nachgang zwar mehrheitlich als Üpl. missbraucht wird, finde ich moralisch bedenklich. Ziel muss es sein, wieder zu einem seriösen Haushalt zu kommen. Das ist heute nicht der Fall.

Das uns Land und Bund dazu nötigen, es nicht einzuhalten, empfinde ich als bodenlose Frechheit. Wir sollen heute einen in Hannover nicht zustimmungsfähigen Haushalt beschließen und damit die Arbeit von Berlin und Hannover legitimieren. Nein das kann ich persönlich nicht. Sie selbst haben eine Schuldenbremse und drücken uns die Schulden nach unten in die Kommunen.

Protokoll über die Sitzung des Rates

Ich finde es zudem perfide, dass wir dann selbst das Haushalts sicherungskonzept nach §128 NKomVG aussetzen können. Da fehlt eigentlich nur noch ein Sondervermögen der Kommune.

Folgende Erwartung habe ich an Bund und Land und somit auch an unsere Emdener Vertreter: Die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips nach Artikel 57, welches bestimmt, dass bei Übernahme von Aufgaben durch die Kommunen diese entsprechend finanziell auszustatten sind.

Angesichts der dramatischen Finanzsituation müssen die haushaltsrechtlichen Regelungen für Kommunen flexibilisiert werden. Bund und Land müssen eine auskömmliche und dauerhafte Finanzierung der durch sie an die Kommunen übertragenen Aufgaben sicherstellen. Und zu guter Letzt in Richtung Bundes und Landeshauptstadt.

Die Fördermittelpraxis mit unzähligen Programmen zu Gunsten der Kommunen mit unterschiedlichen Antrags-, Genehmigungs-, Auszahlungs- und Abrechnungsmodalitäten sollte abgeschafft und in eine gesonderte, pauschalisierte und schlüsselmäßige Mittelverteilung oder in den kommunalen Finanzausgleich überführt werden. Ich kann mir vorstellen, dass es gleich heißt, dass die CDU in der Vergangenheit, dies und jenes falsch gemacht hat und mitzuverantworten hat. - Natürlich haben wir Fehler gemacht. Das kann aber nicht bedeuten, diese nicht zu korrigieren. Die jetzige Situation hat es so noch nicht gegeben. Damit bedarf es eines Umdenkens.

In unserer Fraktion gibt es zum diesjährigen Haushalt unterschiedliche Auffassungen. Es gibt sowohl Zustimmung als auch Ablehnung und das ist im Rahmen der freien Mandatsausübung auch völlig in Ordnung. Denn für Beides gibt es gute und nachvollziehbare Gründe. Diejenigen aus unserer Fraktion, die gegen diesen Haushalt votieren werden, tun dies wohlwissend, dass der HH-Ausgaben beinhaltet, die im Wesentlichen gut und richtig für unsere Stadt sind. Wichtig ist, dass alle Meinungen respektiert werden und nicht dazu führen darf, dass wir moralisch von anderen genötigt werden, hier einfach mitstimmen.

Die dem Haushalt nicht zustimmen, tun dies mit Blick auf die Bundes- und Landesregierung, denn von dort wird uns und vielen anderen Kommunen alles auferlegt, für die wir keinen adäquaten finanziellen Ausgleich von ihnen bekommen. Und das können und wollen Unionsmitglieder so nicht länger akzeptieren. Denn dies geht zu Lasten unserer Kinder und Kindeskinde. Für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land sind starke und handlungsfähige Kommunen unverzichtbar. Es ist demokratieschädlich, wenn Kommunen ihre originären Aufgaben nicht mehr erfüllen können.

Für uns gibt es eine grundsätzliche Regel: Bevor man über Steuererhöhungen nachdenkt in unserer Stadt, müssen alle Sparmaßnahmen ausgeschöpft sein. Ansonsten ist dies mit der CDU nicht zu machen.“

Herr Strelow bedankt sich bei Herrn Verlee für seinen Vortrag und erteilt anschließend **Herrn Bolinius** das Wort. **Herr Bolinius** trägt vor:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Kruithoff, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Meine Vorredner haben viele Punkte und darüber hinaus viele wichtige Zahlen der Stadt zum Haushalt 2024 schon angesprochen. Deshalb werde ich meine Ausführungen auf die Punkte, das sind nicht wenige, die wir von der FDP-Fraktion für wichtig halten, beschränken.

Zunächst ein paar Vorbemerkungen, bevor ich zu dem Zahlenwerk des Haushaltes komme. Seit nahezu vier Jahren leben wir in einer angespannten Zeit und unser bisheriges Leben hat sich verändert. Die Stadt Emden steht 2024 weiterhin vor großen Herausforderungen: Corona scheint zum Glück an Schrecken verloren zu haben. Beim russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ist noch immer kein Ende in Sicht. Das Leid ist unermesslich. Aktuell erschüttert uns zudem der

Protokoll über die Sitzung des Rates

Terrorangriff der Hamas auf Israel. Solidarität und Hilfe sind für uns selbstverständlich. Wir spüren auch in Emden die Auswirkungen all' dieser Krisen. Die Flüchtlingszahlen steigen. Lieferengpässe und explodierende Bau- und Energiekosten treiben die Inflation in die Höhe. Die Konjunktur bricht ein.

Die Unterbringung von Flüchtenden bringt alle Kommunen bundesweit, auch in unserer Stadt, mittlerweile an ihre Grenzen. Wir haben bisher viele Flüchtlinge, davon kamen die meisten aus der Ukraine, aufgenommen. Eine Leistung der Verwaltung, die man nicht hoch genug einschätzen kann. Immer größere Anstrengungen zur Integration sind notwendig. Bund und Länder haben sich auf eine höhere Kostenbeteiligung des Bundes geeinigt. Bleibt zu hoffen, dass das Geld auch bei uns in der Stadt ankommt.

Die steigenden Preise sorgen dafür, dass nicht nur die Privathaushalte ihr Konsum- und Heizverhalten überprüfen und gegebenenfalls einschränken müssen, auch die öffentliche Verwaltung. So geht die Stadtverwaltung mit gutem Beispiel voran und hat schon vor einiger Zeit einen Maßnahmenkatalog erarbeitet, um Energie einzusparen.

Zukunftssichere Energieversorgung

Nachdem Tennet schon in Borssum eine Konverter-Station gebaut hat, wird Amprion im Petkumer Hammrich die modernste Konverter-Station ihrer Art bauen, die Genehmigung zum Bau ist vor einigen Tagen erteilt worden. Dort wird künftig Wechselstrom in Gleichstrom umgewandelt. Eine wichtige Aufgabe für eine zukunftssichere Energieversorgung.

Die Stadt Emden hat als 100%-Klimaschutz-Masterplankommune ein hohes Interesse am weiteren Ausbau erneuerbarer Energien und einer nachhaltigen Produktion von Wasserstoff als Schlüsseltechnologie unseres zukünftigen Energiesystems. Ende Oktober 2022 verkündete der Energieversorger EWE in Emden seine Pläne für den Bau eines 320-MW-Elektrolyseurs in Borssum. Eine Anlage in eine bis dato ganz neue Größenordnung zur Produktion von grünem Wasserstoff. Sie soll in Rekordzeit im Borssumer Hammrich entstehen. Geplante Inbetriebnahme des eine halbe Milliarde Euro teuren Vorhabens ist Ende 2026. Einer der zentralen noch ungeklärten Punkte betrifft die Elektrolyse selbst.

Es gibt aber auch ein Projekt von Emdener Unternehmen in Emden, welches von uns als FDP-Fraktion begrüßt und unterstützt wird, gleichwohl bestehen zwei große Herausforderungen im Hinblick auf den Standort der geplanten Photovoltaik-Freiflächenanlage. Wir begrüßen es, dass an der A31 in Emden eine große Photovoltaikanlage geplant ist. Wir von der FDP haben auch Vorschläge zu PV-Anlagen in den Rat eingebracht.

Meine Damen und Herren, auf einer Haushalts-Klausurtagung haben wir uns mit vielen Themen beschäftigt. Für die Unterstützung auf dieser Klausur möchte ich mich beim Kämmerer Horst Jahnke und beim Finanzfachdienstleiter Stefan Jakobs herzlich bedanken. Herr Jahnke hat als Kämmerereingang auf die wichtigsten Positionen des Haushaltes hingewiesen. Es ist erfreulich, dass die Fraktionen aufgrund der prekären Finanzlage der Stadt Emden keine Anträge, die zusätzlich Ausgaben verursacht hätten, gestellt haben.

Die Gesamterträge im Haushalt 2024 belaufen sich auf rund 201 Millionen Euro, demgegenüber stehen Ausgaben in Höhe von rund 234 Millionen Euro, so dass sich eine Unterdeckung von 33 Millionen Euro ergibt - ein Rekordergebnis, auf das wir gerne verzichtet hätten. In den dann folgenden Jahren sieht es noch düsterer aus. Im Jahr 2025 ergibt sich ein Minus von 36,2 Millionen Euro, im Jahr 2026 ein Minus von 36,05 Millionen Euro, und im Jahr 2027 36,38 Millionen Euro. Das sind beunruhigende Zahlen!

Protokoll über die Sitzung des Rates

Die Gewerbesteuererinnahme beträgt im Jahr nur noch 35 Millionen Euro, im letzten Haushalt 2023 haben wir noch 55 Millionen Euro angesetzt. Wir können nur hoffen, dass unser Hauptsteuerzahler mit der Umstellung auf E-Mobilität Erfolg hat. Wenn nicht, sieht es auch um unsere städtischen Finanzen in den kommenden Jahren sehr düster aus, wie ich soeben dargestellt habe. Das kann auch der gute Mittelstand in Emden insgesamt nicht ausgleichen.

Der Personalaufwand beträgt im Jahr 2023 rund 65 Millionen Euro, das sind rund 28 Prozent der Gesamtaufwendungen und 3 Prozent mehr als im letzten Haushalt. Die Personalerhöhung geht auf Vorgaben des Bundes hervor, z.B. für die Wohngeldreform. Die Transferleistungen werden durch das Land direkt an die Antragsteller ausgezahlt. Der notwendige Personal- und Sachaufwand verbleibt jedoch bei der Stadt und wird durch den kommunalen Finanzausgleich refinanziert. Nicht berücksichtigt wird dabei der durch die Wohngeldreform zum 1.1.23 deutlich gestiegene Personalaufwand – das sind zusammen mit den Sachkosten rund 115.000 Euro. Der erhöhte Stellenplan und der zusätzliche Aufwand ist notwendig und wurde im Haushalt berücksichtigt.

Das Konnexitätsprinzip wird auch in anderen Bereichen nicht eingehalten, z. B. bei der Eingliederungsbeihilfe (SGB IX): unzureichende Finanzierung der Kosten für die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen, Verdienstausschlagung Corona durch zusätzlichen Personal- und Sachaufwand, Inklusion an den Schulen und Ganztagschulen. Ich erspare es mir, diese Punkte detailliert hier zu erläutern. Meine dringende Bitte ist, dass unsere Landtags- und Bundestagsabgeordneten hier tätig werden, damit eine Änderung zu Gunsten der Kommunen erfolgt.

Der Transferaufwand beträgt rund 95,3 Millionen Euro, davon entfallen auf den Fachbereich 600 (Jugend, Schule und Sport) rund 31,6 Millionen Euro und auf den Fachbereich 500 (Gesundheit und Soziales) rund 42,7 Millionen Euro. Es würde zu weit führen, diese Beträge, die uns fast ausnahmslos vom Staat auferlegt werden, hier alle aufzuführen. Einsparungen sind hier seitens der Stadt fast nicht möglich. Eine Summe möchte ich trotzdem nennen: der Zuschuss für Kindertageseinrichtungen beträgt im Jahr 2024 11,54 Millionen Euro.

Der Sachaufwand beläuft sich auf rund 56,5 Millionen Euro. Im aktuellen Ergebnishaushalt sind Fördermaßnahmen in Höhe von rund 4,46 Millionen Euro enthalten, die Förderung beträgt rund 3,45 Millionen Euro, das entspricht einer Förderquote von fast 78 %. Zu diesem Ergebnis ist der Verwaltung ein Lob zu machen.

Das Investitionsprogramm im Kernhaushalt beläuft sich für die Jahre 2024 bis 2027 auf ein Ausgabevolumen von rund 49 Millionen und Einnahmen von rund 25 Millionen Euro. Die FDP-Fraktion begrüßt dieses Investitionsprogramm, wir investieren allein im Jahr 2024 rund 17,6 Millionen Euro. Die Investitionen, die wir von der FDP-Fraktion für wichtig halten, möchte ich hier nennen: für Familien, Kinder, Jugend, Bildung und Sport sind 3 Millionen vorgesehen. Für die kommunale Infrastruktur sind 3 Millionen Euro angesetzt. Für den Bereich Stadtentwicklung, Umwelt und Wirtschaftsförderung beträgt der Ansatz 10 Millionen Euro, das ist auch der größte Posten. Auch in den nächsten Jahren soll weiter investiert werden, so im Jahr 2025 12 Millionen Euro.

Es würde auch hier zu weit führen, wenn ich die Investitionen alle hier im Einzelnen nennen würde. Aber es ist schon wichtig, dass u.a. die Maßnahmen „Sozialer Zusammenhalt“ (Soziale Stadt) so Port-Arthur (2,6 Mio. Euro), in Barenburg (0,5 Mio. Euro), und Borssum (800.000 Euro) mit diesen erheblichen Mitteln weitergeführt werden. Für das „Grüne Band Emden“ sind 1,3 Mio. Euro angesetzt. Leider konnten nicht alle Projekte, die die Stadt angemeldet hatte, umgesetzt werden. Dadurch sind 400.000 Euro frei geworden. Die Verwaltung wollte diesen Betrag in die Sanierung des Kinderspielplatzes auf dem Stephanplatz ansetzen. Wir haben fraktionsübergreifend erreicht, dass hierüber noch einmal gesondert beraten wird.

Protokoll über die Sitzung des Rates

Wichtig sind auch die Mittel für die Digitalisierung, hier insbesondere für die Schulen, Ausbau der Krippen, Innenstadtsanierung, Straßenbau, Ausbau der Wirtschafts- und Radwege, Brückeninstandsetzungen und endlich die Instandsetzung des Troges. Hier hoffen wir, dass die unendliche Geschichte der Trog-Sanierung endlich zum Abschluss gebracht wird.

Tourismus wird für unsere Stadt, die sehr viel Wasserflächen hat und am Wasser liegt, immer wichtiger. Die von mir vor Jahren namens der FDP-Fraktion beantragte Aufnahme von Flusskreuzfahrten an und ab Emden ist ein Erfolgsmodell durch die danach gegründete Gesellschaft „Flusskontor“ geworden. Das konnten wir vor einigen Tagen im zuständigen Ausschuss hören. Im letzten Jahr legten 10 Flusskreuzfahrtschiffe in Emden an. Hier haben wir aber noch Potenzial, beispielsweise legten in Leer im gleichen Zeitraum 33 Flusskreuzfahrtschiffe an. Dass die Entwicklung des Baugebietes Conrebbersweg voranschreitet, freut uns, im Gegensatz zu den Grünen, sehr.

Auf dem ehemaligen Ültje-Gelände im Emdener Stadtteil Port Arthur/Transvaal soll in den kommenden Jahren ein neues, modernes, ökologisches und weitestgehend autofreies Quartier mit bezahlbarem Wohnraum entstehen.

Die Entstehung des Quartiers ist eine der größten Maßnahmen im Rahmen der Umsetzung des Städtebauförderprogramms „Sozialer Zusammenhalt“ (ehemals „Soziale Stadt“) im Sanierungsgebiet Port Arthur/Transvaal- Südliche Ringstraße.

In diesem Karree soll in den kommenden Jahren in der Trägerschaft von gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften ein neues Stadtteilquartier mit Wohn-, Freizeit- und Versorgungsfunktion sowie ergänzenden Büro- und Dienstleistungsflächen entstehen. Bei mindestens 20 Prozent der neu zu errichtenden Wohneinheiten handelt es sich um geförderte Wohnungen (10 Prozent sozialer Wohnraum, 10 % barrierearm und seniorengerecht) mit entsprechend günstigen Mieten.

Aber wir möchten auch Baugebiete in den Vororten, so u.a. in Twixlum, Wybelsum und Wolthusen, wie in Petkum schon geschehen, zukünftig ausweisen. Der 2. Bauabschnitt in Petkum muss nach jahrelanger Planung endlich vom Investor in Angriff genommen werden. Wir wissen, dass u.a. die dortigen jungen Bewohner gerne dort weiterleben würden.

Dass das Freibad Borssum nach der langen Sanierung wieder im Jahr 2024 öffnen wird, freut uns.

Die Infrastruktur zur Knock muss verbessert werden – und die Emsvertiefung muss endlich kommen. Das ist unseres Erachtens machbar. Wenn wir über den Dollart nach Holland schauen, dann kann man neidisch werden auf die vielen Projekte, die dort in kurzer Zeit von den Niederländern umgesetzt werden. Hier sind Land und Bund gefordert!

Für uns sind auch noch die Investitionen des Gebäudemanagements mehr als erwähnenswert, die im Jahr 2024 rund 18,8 und im Jahr 2024 rund 14,7 Millionen Euro betragen. Der Schuldenstand wird von knapp 49 Millionen Euro im Jahr 2024 auf über 65 Millionen Euro im Jahr 2027 steigen. In diesem Jahr sind es etwa 26 Millionen Euro. Die Schulden sind insgesamt nicht hausgemacht, sondern Schulreformen, Anbau von Schulmessen oder wie die Ganztagsbetreuung in Grundschulen machen rund die Hälfte der Schulden aus. Kinder im Grundschulalter haben nämlich ab 2026 ein Anrecht auf Ganztagsbetreuung, das hat der Bund beschlossen. Das stellt uns vor große Probleme. Wir hatten mit mindestens 50 Prozent Fördermittel für den Ausbau von zwei Grundschulen für den Ganztagsanspruch gerechnet. Die Fördersumme liegt jetzt nur noch bei 10 %.

Allein um die Grundschulen Fruchteburg und Westenburg für die Ganztagsbetreuung herzurichten, müssen wir wohl rund 22 Millionen bis 2027 investieren, für die Grundschule Fruchteburg

Protokoll über die Sitzung des Rates

11,5 Millionen und für die Grundschule Westerborg mehr als 10 Millionen Euro, hier sollen die Arbeiten im Jahr 2024 beginnen. Was mit dem Ausbau der Grundschulen Petkum, Wolthusen, Larrelt und Constantia geschieht, ist noch völlig offen. Aber im Rahmen der Schulentwicklungsplanung sind umfangreiche Erweiterungen an den Grundschulen geplant. Im nächsten Tagesordnungspunkt wird der Haushaltsplan detailliert vorgestellt.

Und auch der BEE investiert wieder beträchtlich, insbesondere in Straßenbaumaßnahmen. Die Aufwendungen des Baubetriebes für Sach- und Dienstleistungen belaufen sich auf rund 4,9 Millionen Euro. Hierunter fallen u.a. Unterhaltungsmaßnahmen für Straßen, Stromkosten, sowie Unterhaltung und Bepflanzung der Grünanlagen. Es ist schön zu hören, dass die Abfallgebühren zum 01.01.2024 nicht erhöht werden. Der Verlustausgleich für die Friedhöfe beläuft sich auf 650 Tausend Euro.

Wir halten unseren Vorschlag, einen Gedächtniswald von einem privaten Betreiber im Stadtwald zu errichten, aufrecht, auch wenn die Mehrheit im Rat diesen Antrag in diesem Jahr abgelehnt hat. Aber es kommen vielleicht auch mal andere Mehrheiten im Rat in der Zukunft zustande. Die Nachfrage ist da und Kosten entstehen der Stadt nicht! Was in vielen anderen Städten, auch in Ostfriesland, möglich ist, müsste auch in Emden möglich sein.

Ein besonderes Highlight war sicherlich der Tag der offenen Tür beim Bau- und Entsorgungsbetrieb zum 25-jährigen Jubiläum, an dem viele Emdener die Möglichkeit wahrnahmen, sich über die vielfältigen Aufgaben des BEE ein Bild zu machen.

Das hohe Defizit des Emdener Krankenhauses beträgt im Jahr 2024 incl. Trägergesellschaft und MVZ voraussichtlich rund 8,46 Millionen Euro. Die Gründe sind vielschichtig und nachvollziehbar. Bis zur Fertigstellung des Zentralklinikums muss dieser jährliche Zuschuss reduziert werden. Wir von der FDP-Fraktion hoffen, dass das Zentralklinikum kommt und die niedersächsische Landesregierung eine so hohe Förderung gibt, dass wir dem Bau dann auch endlich abschließend zustimmen können.

Das kulturelle Leben in unserer Stadt kam in der Coronazeit ins Hintertreffen. Nach den Lockerungen wurden und werden wieder mehr Veranstaltungen angeboten und das ist gut so. Das Festspielhaus, ehemals Neues Theater, wird eingeweiht werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir verhalten uns in Emden antizyklisch, das ist auch für die Emdener Wirtschaft von Vorteil, auch wenn die Neuverschuldung im Kernhaushalt bis zum Jahr 2027 auf 100 Millionen Euro und im Gebäudemanagement auf 65 Millionen Euro steigt. Die gesamte Verschuldung muss mittelfristig unbedingt begrenzt werden, insbesondere durch strukturelle Verbesserungen im Ergebnishaushalt, um zumindest die Tilgungsleistung wieder zu erwirtschaften.

Aufgrund der Folgen des Krieges der Ukraine brauchen wir kein Haushaltssicherungskonzept erstellen, die entstandenen Fehlbeträge allerdings sollen in einem Zeitraum bis zu 30 Jahren gedeckt werden. Die Frist zur Deckung der Fehlbeträge beginnt mit Ablauf des Haushaltsplanes 2025. Um dies zu erreichen, sind im Rahmen der Haushaltsstrukturkommission umfangreiche Konsolidierungsmaßnahmen in den nächsten Monaten zu erarbeiten.

Deshalb muss diese Kommission ihre Arbeit schnellstens wiederaufnehmen. Dabei darf es keine Tabus bei den Einsparungen geben! Aber eins ist für mich und meine Fraktion sicher: Die horrenden Defizite werden wir auch mit der Strukturkommission nicht beseitigen können. Hier sind Hilfsprogramme des Bundes und des Landes zwingend notwendig.

Protokoll über die Sitzung des Rates

Anmerken möchte ich zum Schluss: Der Rat kann von sich mit Fug und Recht behaupten, dass er gemeinsam die Attraktivität der Innenstadt erhöht hat. Das uns vorliegende Parkraumbewirtschaftungssystem muss schnellstens zu einem Beschluss erarbeitet werden. Dass je Fraktion zwei Personen daran beteiligt werden, ist gut. Und das Apollo Theater und die Waage sollten endlich so schnell wie möglich umgebaut werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, auch bei diesem Haushalt stellt sich die Frage der Zukunft unserer Stadt. Eine Debatte, in welcher Gesellschaft wir leben und wie wir diese gestalten wollen und wie verantwortungsvoll wir mit den Geldern der Bürgerinnen und Bürger umgehen, ist unausweichlich und Basis des demokratischen Zusammenlebens. Populismus und Sonntagsreden sind dabei aktuell in diesem Rat nicht zu finden und das ist gut so!

Ich möchte schließen mit einem herzlichen Dankeschön an die Kämmerei und die städtische Verwaltung für die viele, viele Arbeit, die sie wiederum in die sehr detaillierte und dennoch übersichtliche Aufbereitung des städtischen Haushalts investiert haben. Die FDP-Fraktion wird dem Haushalt 2024 zustimmen. Wenn die CDU-Fraktion oder einige andere Fraktionen dem Haushalt nicht zustimmen werden, erwarte ich von diesen auch Alternativen. Die habe ich bisher vermisst. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Herr Strelow bedankt sich bei Herrn Bolinius für seinen Vortrag und erteilt Herrn Eichhorn das Wort. **Herr Eichhorn** trägt vor.

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist heute Tag EINS nach Nikolaus, wäre heute Nikolaus gewesen hätte man die Rede beginnen können: „Lieber Horst, was hast Du denn heute den Bürgern der Stadt in die Schuhe geschoben“? Die Antwort kennen wir alle und meine Vorredner haben diese Frage schon beantwortet, den Haushalt 2024, der desaströs ist.

Ich bringe es aber noch mal auf den Punkt, vielleicht erst einmal was Positives zum Anfang weihnachtlich verpackt:

„Süßer die Glocken nie klingen“: Zum Abschluss des laufenden Jahres 2023 wird noch mal ein geplanter Überschuss von rund 3,9 Millionen € präsentiert: Dank an eine Nachveranlagung eines großen Gewerbesteuerzahlers unserer Stadt aus grauer Vorzeit. Auch da ist er wieder, unser „Horst im Glück“.

Nun aber „Schluss mit Lustig“, jetzt bewegen wir uns, wenn man den vorsichtigen Prognosen und den Steuerschätzungen des Kämmersers Glauben schenken darf, in den nächsten Jahren auf ein großes „schwarzes Loch“ zu, beginnend mit dem heute zu beschließenden Haushalt für 2024 mit einem Defizit von rund 32,8 Millionen €. Wer meint, das ist noch nicht schwarz genug, wird in 2025 mit einem prognostizierten Planansatz mit 36,3 Millionen € noch eines Besseren belehrt.

Ich möchte meine Rede zum Haushalt eine doch nicht einfach zu beantwortende Frage voranstellen: Was ist ein „Schwarzes Loch“? Laut Definition ist ein Schwarzes Loch ein Objekt mit einer so starken Anziehungskraft, dass nichts, nicht einmal Licht, ihm entkommen kann und alles, was an Materie, Masse oder Energie seinen Weg kreuzt, unwiederbringlich verloren ist.

Nun was hat das mit dem Haushalt zu tun? Ganz einfach, wenn man in der Definition das Wort „Objekt“ durch „Emder Haushalt“ und das Wort „Licht“ ersetzt durch „Geld“ kann man ungefähr erahnen, was ich damit sagen möchte. Der Haushalt 2024 und die Folgejahre werden sämtliche Gelder, sei es Zuwendung vom Land, Bund, Gewerbesteueraufkommen, Grundsteuern A und B und andere Gebührenerträge rigoros „verschlucken“. Aber nicht nur das „Geld“, was als ordentliche Erträge mit rund 200 Millionen € die Stadt im Ansatz für 2024 den Weg kreuzt, sondern dazu

Protokoll über die Sitzung des Rates

nochmal rund 34 Millionen €, nennen wir sie mal „Negative-Masse“, wird - durch Kredite aufgebracht - zusätzlich verschlungen.

Da das „schwarze Loch“ natürlich auch nicht so einfach über die Jahre verschwindet, „saugt“ es in den nächsten Jahren weiter jedes Jahr rund 36 Millionen € auf, so dass das „schwarze Loch“ Ende 2027 für einen Verlust von „Geld“ in Höhe von 141.500.000 € sorgt.

Auch bei einem Blick auf das „Verschwinden“ des Eigenkapitals, das sogenannte Reinvermögen, lässt erahnen, mit welchen weiteren negativen Auswirkungen der Kämmerer in den nächsten Jahren zu kämpfen hat. Hatte die Stadt 2020 noch ein Reinvermögen von rund 107 Millionen Euro, sind es am Ende dieses Jahres nur noch rund 85 Millionen €, und jetzt kommt der Absturz: Mitte 2025 ist das Reinvermögen vollständig verbraucht. Dies ist der Beginn der Überschuldung.

Und das Adjektiv „unwiederbringlich“ zum Ende der Definition des „schwarzen Loches“ ist ebenfalls wörtlich auf den Haushalt zu „münzen“, wir sehen von diesem Geld nie etwas wieder, sei es in Materie, in Form von aufeinander gemauerten Ziegelsteinen, funktionierende Straßen und Brücken oder Investitionen für die Energiewende.

Um die Astrophysik wieder zu verlassen und auf den für den Kämmerer gewohnten Boden des irdischen Emders Ergebnishaushalt zurückzukommen, möchte ich bei dieser sehr „beeindruckenden und zugleich bedrohlichen Zahl“ drei Anmerkungen machen:

1. Es handelt sich hierbei nur um den Ergebnishaushalt der Stadt Emden, darin sind nicht die auf immer noch hohem Niveau enthaltenden dringenden Ausgaben für Investitionen wie weitere Kindertagesstätten, den Um- und Ausbau von Ganztagschulen, Sanierungen städtischer Gebäude, Brücken und Straßen, die allein im nächsten Jahr mit rund 18 Millionen Euro veranschlagt sind und auch Zinsen für die zuvor genannten Investitionen mitberücksichtigt worden.
2. Die momentan hohen Zinsen und tendenziell weiter steigenden Zinsen, und wir alle hier sitzend wissen, wie sich die Kapitalmärkte in den nächsten drei Jahren entwickeln werden, sind in den Planansätzen bis 2027 nicht gewürdigt worden. Sie bergen ein weiteres Risiko, weil die Zinsentwicklung unkalkulierbar geworden ist.
3. Weitere Zuschüsse in Millionenhöhe zur Trägergesellschaft, die sich nochmals zu den bereits prognostizierten 141,5 Millionen € bis Ende 2027 der Stadt Emden in für Planung und Vorbereitung für das „Traumschloss“ Zentralklinikum fließen, plus Zinseszins dafür, obwohl bis zum heutigen Tage immer noch nicht der Bewilligungsbescheid vom Bund abgesegnet wurde und die momentan in Aussicht gestellte Fördersumme des Landes noch nicht einmal die Rohbaukosten decken würde. Es kann sein, dass, sollte das Projekt nicht mehr finanziell realisiert werden, die Kosten, die bis dahin aufgelaufen sind, aktiviert werden müssen und dies somit zu einer weiteren Erhöhung der Defizite führt. Diese Kosten werden in der „Planrechnung“ für die nächsten Jahre in keiner Weise zum Ansatz gebracht. Ferner ist die letzte Kostenschätzung aus dem Jahr 2022 mit rund 727 Millionen € bis heute nicht valediert worden. Wir wollen aber mal nicht so schwarzsehen, weiter machen wie geplant Herr Oberbürgermeister, wird schon schief gehen, ich hoffe Sie haben einen Plan B für den Fall, dass „die Seifenblase schneller platzt als uns allen lieb ist“.

Zusammenfassend also sehr, sehr rote Zahlen und sehr schwarze Zeiten, die auf die Emders Bürgerinnen und Bürger zukommen. Ich sage bewusst Emders Bürgerinnen und Bürger, weil diese letztendlich, bringen müssen, um dem Land Niedersachsen zu zeigen, „wir“ versuchen uns gegen die Schuldenlast zu stemmen. Der eine kann seinen lieb gewonnenen Weg nicht mehr gehen, weil die Wege sich wegen fehlender Unterhaltungsgelder „zerbröseln“, der andere muss eine teuren Werkstattaufenthalt wegen defekten Stoßdämpfer finanzieren, die unter der „Schwerstarbeit“ auf

Protokoll über die Sitzung des Rates

den Emden Straßen Ihren Dienst quittieren, die andere vermisst die wöchentliche Tee-Tafel im Gemeindehaus, die plötzlich wegen einer defekten Heizung vor verschlossenen Türen steht, die Mieter müssen höhere Nebenkosten zahlen, weil die Grundsteuer B sich erhöht, wieder andere stehen vor der Tatsache, dass die Kindergartengruppen sich drastisch vergrößert haben, Hotelgäste müssen plötzlich Gebühren zahlen, Vereine bemerken, dass plötzlich jahrelang verlässliche Zuschüsse auf einmal „versiegen“ und der Rasen nicht mehr gemäht werden kann, und der lieb gewonnene Tuba-Kurs bei der Musikschule nunmehr das Dreifache kostet. Ich könnte die Liste endlos weiterführen, möchte aber nur darauf hinweisen, und dies mit Nachdruck, dass diese gewaltigen, bis 2027 aufgelaufenen Schulden in Höhe von 141.500.000 € von jedem Opfer verlangen.

In dieser kleinen Aufzählung darf die Stadtverwaltung natürlich nicht fehlen. Bei ersten Gesprächen in der Konsolidierungsgruppe wurden schnell Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung gemacht, die da u.a. wären, auch nur um einen kleinen Einblick zu geben:

Einführung einer Bettensteuer	1.000.000 €
Einführung Zweitwohnungssteuer	50.000,00 €
Grundsteuererhöhung	3.000.000,00 € (120 Punkte)
Gewerbesteuererhöhung	3.750.000,00 € (50 Punkte)
Parkraumbewirtschaftung	1.000.000,00 €
Anwohnerparken und und und in Summe	10.600.000,00 €

Also Geld, was die BürgerInnen und Firmen aufbringen werden in den nächsten Jahren. Jetzt würde man vermuten, ein weiterer „riesiger Batzen“ zu der Konsolidierung wird von der Verwaltung gebraucht beim Sparen? Erstmal wieder etwas, was die Bürger indirekt belastet, nämlich das gewohnte Leistungen gekürzt werden oder Einrichtungen „ingedampft werden“: „Emder“ Kita Modell auf dem Prüfstand, Aufgabe einer Villa, Einsparungen GME, Verzicht Windelsäcke, in Summe nicht der Rede wert. Wer jetzt aber denkt nach diesem, wir wollen mal in Kanzlerworten sagen, Doppel-Wumms“ folgt auch ein „Wumms“ seitens der Verwaltung, wird enttäuscht sein. Dort sind lediglich für Zentrale Materialbeschaffung, pauschale Sachmittelabsenkung, immerhin 1.400.000,00 Mio. € genannt, vermutlich bringen die Mitarbeiter dann selbst die Kugelschreiber und das Papier mit zur Arbeit, und Personalmaßnahmen in Summe rund 2.500.000,00 € aufgeführt.

In Summe jedoch gerade mal 35% des jährlichen Defizites, was man damit sparen könnte, aber ein Anfang für die Kämmerei, ein „Sonar-Pink“ in Richtung Hannover auszusenden und den guten Willen der Stadt Emden zu zeigen und um der übergeordneten Kommunalaufsicht durch das Land zu entkommen und die Freiheit bei Investitionen weiterhin zu erhalten. Das wir alle versuchen müssen, das Defizit zu minimieren, ist uns bewusst und da führt auch kein Weg dran vorbei.

Was allerdings uns als GfE dabei „wurmt“, dass in diesem Betrag von der Konsolidierungsgruppe ausgemachten Einsparpotential in Höhe vom 13,3 Mio. € nur lediglich 2,5 Mio. € an Einsparungen bei dem Personal und den Sachkosten, ja meine Damen und Herren das war eben die Sache mit den Kugelschreibern und dem Papier, innerhalb der Verwaltung aufgebracht werden. Dies entspricht lediglich einer Lastentragung seitens der Verwaltung von rund 19% oder für die, die noch in analoger Bruchrechnung unterwegs sind, gute 1/5. Gerechte Lastenverteilung geht anders.

Kleine Kuriosität am Rande der Konsolidierungspläne, auch die beschlossene Erhöhung der Ratsvergütungen, die 2022 mit den Stimmen der SPD, CDU und FDP mehrheitlich beschlossen wurde, soll wieder mit 50.000,00 € p.a. zurückgenommen werden. Wer den Vorschlag wohl gemacht hat. Wir als GfE waren damals auch aus Kostengründen gegen die Erhöhung, allerdings allein auf verlorenem Posten.

Dieses, lieber Verwaltungsvorstand, ist ein nettes Angebot zur Konsolidierung, wird aber von uns

Protokoll über die Sitzung des Rates

als nicht „ausreichend“ angesehen. Wir sind der Meinung, dass ein Defizit, und auch nur eine Verminderung dessen um 13,3 Millionen, gerecht geteilt wird, wie heißt es so schön: frei nach Prediger John Wessi, 1770, geteiltes Leid ist halbes Leid, geteilte Freude ist doppelte Freude. Wenn man den ersten Teil des Sprichwortes wörtlich nimmt, sollten z.B. bei einer Zielsetzung das Defizit jährlich um 13,3 Millionen € zu verringern, vielleicht nur 6,6 Mio. € von den Bürgerinnen und Bürgern kommen und der gleiche Betrag Millionen aus der Verwaltung. Da bitten wir in den nächsten Monaten um finale Vorschläge seitens der Verwaltung, wie das Leid denn gerechter geteilt werden kann.

Ach ja, Kürzungen freiwilliger Leistungen bei den Vorschlägen habe ich ganz vergessen, sind auch von dem Bürger zu tragen. Dann sind es in Summe rund 15,1 Mio. € zur Reduzierung des Defizits je Jahr. Die Belastung für die Bürger wächst dann auf 83 zu 17 für die Bürger.

Eine „laut gedachte“ Defizitminimierung und „Leidverteilung“ mit einer sehr Bürger lastigen“ 83 zu 17 Verteilung lehnen wir ab, auch die Verwaltung muss in den nächsten Monaten nochmal nachbessern, von sich aus kreative Vorschläge bringen, und wenn dies, und ich betone sozialverträglich, Einsparungen bei den Personalaufwendungen sind, z.B. eine Minimierung von Planstellen, würde dies sicherlich das richtige Zeichen sein und zu einer gerechten Lastentragung beitragen. Jeder muss „Opfer bringen“, ein „Weiter so“ kann nicht das Motto sein. Wie sind auf die nächsten Wochen gespannt. Übrigens die Personalkosten mit rund 65.000.000 € im Haushalt ist - nach den Transferleistungen - „der dickste Batzen“ im Haushalt.

Nebenbei ist der Emdener Haushalt 2024 in bester Gesellschaft mit dem Bundeshaushalt, mit noch einem Vorteil, er ist aufgestellt. Hier auch ein Dank an Herrn Jahnke und Herrn Jakobs, die in unserem Workshop bezüglich des Haushaltes 2024 ein „wenig Licht“ in diese düstere Zukunft hineingebracht haben und auch für den Haushalt und den Rat den Haushalt perfekt aufbereitet haben.

Wir als GfE tragen trotz der Einsparungen in den nächsten Jahren den Haushaltsentwurf für 2024 mit, auch um ein Zeichen nach Hannover zu senden, dass die Kommunen finanziell in den nächsten Jahren erhebliche Mittel brauchen, um Ihre kommunale Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen. Vielleicht „wacht Hannover dann auf“. Die GfE wünscht trotz der düsteren Aussicht auf „schwarze Löcher“ allen Emdener Bürgerinnen und Bürgern ein friedvolles Weihnachtssfest und einen guten Start ins neue „Allzeitdefizitjahr 2024“ und passen Sie auf, wenn Sie nach Hause gehen, dass Sie nicht auch in den Sog eines schwarzen Loches – in Form eines Schlagloches auf einer maroden Straße - geraten. Vielen Dank!!“

Herr Strelow bedankt sich bei Herrn Eichhorn für seinen Vortrag und erteilt Herrn Nützel das Wort. **Herr Nützel** trägt vor:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Bürgerinnen und Bürger, sehr geehrte Vertreter der Verwaltung, liebe Mitglieder des Emdener Rates, zu Beginn möchten wir zuerst unseren Kämmerer Horst Jahnke und Stefan Jacobs, stellvertretend für die gesamte Verwaltung, für ihre geleistete Arbeit danken. Dort, wo ich gebürtig herkomme, gibt es einmal im Jahr ein traditionelles Fest, bei dem Ereignisse und Geschehnisse aus dem Ort in Reimform - oft mit einem zwinkernden Auge resümiert werden. Der Beschluss zum Haushalt und die Haushaltsberatungen sind im Endeffekt auch so ein jährlich wiederkehrendes Ereignis, in dem nicht nur zurückgeblickt, sondern auch voraus in die Zukunft geschaut wird.

Der Haushaltsbeschluss steht heute an wie jedes Jahr, die Haushaltsberatungen liefern vorab - das ist doch klar. Der Kämmerer rannte von Fraktion zu Fraktion und erklärte die angespannte finanzielle Situation. Jeder schaut und prüft - was kann man tun?

Protokoll über die Sitzung des Rates

*Der Weisheit letzter Schluss, dem fehlt es nun.
Und daher werden jetzt die Reden geschwungen,
dabei die verschiedensten Themen nochmals durchdrungen.
Laut Geschäftsordnung sind es pro Rede maximal 20 Minuten,
ich denke, ich muss mich nun sputen.*

Der Haushalt 2024 ist vor allem geprägt durch den Rückgang der Erträge um 32 Mio. Euro. Dieser Rückgang ist verursacht durch den deutlichen Rückgang der Steuereinnahmen um 18 Mio. und 14 Mio. Mindereinnahmen aus Zuwendungen und allgemeinen Umlagen. Der Sondereffekt durch die Steuernachzahlung von Volkswagen in diesem Jahr ist verpufft und wir bewegen uns wieder auf dem Niveau der Vorjahre.

Die Erhöhung der städtischen Aufwendungen fällt im Vergleich dazu mit etwa 5 Mio.€ geradezu moderat aus. Die Tarifierhöhungen für das Personal sind dabei mit 6 Mio. Euro mit Abstand der größte Brocken, aber auch der Zinsaufwand und die Abschreibungen haben sich deutlich erhöht. Die Verwaltung hat auf diese Lage reagiert, indem sie einen Konsolidierungsbeitrag von achteinhalb Millionen Euro als Zielsetzung aus stringenter Personalbewirtschaftung, Digitalisierung und Prozessoptimierung eingeplant hat. Ohne diesen sehr ambitionierten Beitrag läge das Defizit nicht bei 35 Mio., sondern bei fast 44 Mio. €. Wir werden die Verwaltung dabei unterstützen, dieses Einsparziel zu erreichen.

Ende dieses Jahres wird die städtische Liquidität vollständig verbraucht sein. Alle weiteren Defizite der Jahre 2024 und Folgejahre müssen durch Aufnahme von Liquiditätskrediten finanziert werden, deren Zinsen den Haushalt weiter belasten. Wie die Entwicklung in den nächsten Jahren aussehen wird, ist zudem fraglich vor dem Hintergrund der Entwicklungen bei unserem Hauptsteuerzahler. Wir können nur hoffen, dass Volkswagen sich wirtschaftlich im hart umkämpften E-Auto-Markt behaupten kann und dabei die Beschäftigungsgarantien eingehalten werden. Aber auch der andauernde Krieg Russlands gegen die Ukraine, die Entwicklung im Bereich der Flüchtlingshilfe und der Energiekosten bergen für uns weiterhin ein erhebliches Risikopotential.

Ein weiterer Faktor belastet uns als Kommune in wachsendem Ausmaß: Beschlüsse des Gesetzgebers in Bund und Land, die sich unmittelbar auf die kommunalen Haushalte auswirken. Aktuell sind es kommunale Mindereinnahmen von 1,9 Mrd. pro Jahr bis 2028 durch das Wachstumschancengesetz: der Deutsche Städtetag warnt eindringlich vor „massiven kommunalen Steuer ausfällen“. Auch zahlreiche Oberbürgermeister haben sich der Warnung angeschlossen. Vor allem die vorgesehenen Eingriffe in die Gewerbesteuer bedrohen die Kommunalfinanzen und damit die Bewältigung wichtiger Transformationsaufgaben wie Klimaschutz, Wärmeplanung und Digitalisierung.

Dies gilt auch für den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in Grundschulen ab 2026. Der Bund hat einen Finanzierungsanteil von 70 % zugesagt, aber die im Bundeshaushalt eingestellten Mittel betragen für Niedersachsen gerade einmal 258 Mio. Euro. Viel zu wenig, um die notwendigen Umbauten und Erweiterungen an den Grundschulen zu bezahlen und den Kindern ein Umfeld zu schaffen, in dem gutes Lernen gelingen kann! Die Landesregierung hat zugesagt, sich die übrigen 30 % mit den Kommunen zu teilen. Sie hat ihren Anteil mit 55 Mio. € gegenfinanziert. Es ist der Bundesfinanzminister, der den Mittelansatz im Bundeshaushalt deutlich erhöhen muss, damit auch die Länder ihren Beitrag nach oben anpassen.

Ausgabensteigerungen durch eine ungebremste Aufgabenzuweisung des Gesetzgebers bei einer den Anforderungen nicht mehr gerechten finanziellen Ausstattung der Kommunen zwingen uns als Stadt, weitere eigene Konsolidierungsmaßnahmen zu erarbeiten und umzusetzen, um das Defizit im Ergebnishaushalt zumindest zu begrenzen. Mehr wird nicht drin sein. Denn von einem Haushaltsausgleich sind wir in der absehbaren Zukunft weiter entfernt als je zuvor! Kon-

Protokoll über die Sitzung des Rates

solidieren heißt für uns, nicht nur die Ausgabenseite, sondern auch die Einnahmeseite mitzudenken. Wir bedauern, dass es die Verwaltung nicht geschafft hat, noch in diesem Jahr einen abstimmsreifen Vorschlag zur Übernachtungssteuer vorzulegen. Wir erwarten, dass wir noch in der ersten Jahreshälfte 2024 zu einem Beschluss kommen können. Und wir erwarten von den regenerativen Stromerzeugern, dass sie der Stadt Emden die freiwillige Abgabe nach § 6 EEG zukommen lassen. Aber wir wissen auch, dass Anpassungen bei Steuern und Gebühren unausweichlich werden. Wir wollen diese aber mit Augenmaß und Vernunft gestalten.

Um auch von Ratsseite Signale zu setzen, ist zu überlegen, ob z.B. der Ausschuss für Personal und innere Ordnung in einen anderen Ausschuss integriert wird (z.B. in Finanzen und Beteiligungen). Auch die letzte mehrheitlich durchgewunkene Entschädigungssatzung mit deutlichen Erhöhungen kann nach unserer Ansicht wieder auf die vorherige Satzungsgelder zurückgefahren werden. Für 2024 hat unsere Gruppe im Übrigen den Fraktionszuschuss für Technik und Büromiete nicht beantragt!

Auch wenn es im Vergleich zum Gesamthaushalt nur geringere Einsparbeträge sind, sollten unsere Bürger/innen erkennen, dass auch wir Ratsmitglieder gewillt sind, Einsparungen vorzunehmen. Apropos Einsparungen, wenn es zu diesen kommt, müssen wir sehr darauf achten, dass im sozialen Bereich oder bei Kindern und Jugendlichen nur in sehr geringem Maße Einschnitte vorgenommen werden. Zudem sollten manche Vorschläge aus den Fraktionen kritisch hinterfragt werden. Der zukünftige ÖPNV z.B. ist auch kein Posten, an dem man Einsparungen vornehmen oder gar über den Wege einer Notvergabe gehen sollte. Gerade hier müsste man mehr investieren, um einen attraktiven ÖPNV zu schaffen, der regelmäßige Fahrten im gesamten Stadtgebiet anbietet und auch abgelegene Stadtteile zuverlässig versorgt. Da uns jedoch aus finanzieller Sicht „die Hände gebunden sind“, sind wir froh, erstmal den jetzigen ÖPNV-Plan auf den Weg zu bringen, in der Hoffnung, dass dieser dann von der Bevölkerung wieder besser angenommen wird.

Das Gebäudemanagement, einer der wichtigsten Aufgabenbereiche der Verwaltung, hat für das Haushaltsjahr 2024 einen der größten Investitionspläne der jüngeren Geschichte (immerhin ca. 18,8 Mio. €, leider mit einem hohen Bedarf an Darlehen vom 13,7 Mio. € und nur einer Förderung von 3,1 Mio. €) aufgelegt. Dies ist teilweise getrieben von der fertiggestellten Mängelliste der Liegenschaften im Verantwortungsbereich des GME. Dass eine Mängelliste vorliegt, begrüßen wir sehr, können wir doch daran den Zustand der Emdener Gebäude endlich genauer ablesen und den Handlungsbedarf und somit den noch zu erwartenden Investitionsbedarf schneller erkennen. Dieser hohe Investitionsbedarf steht einer aktuell sehr schwierigen Haushaltslage gegenüber. Die für die Investitionen notwendigen Darlehen mit einem aktuell wieder höheren Zinssatz belasten den Haushalt der Stadt ungemein. Trotzdem erwarten wir, dass vor allem die kurzfristigen Mängel dieser Liste im Jahr 2024 abgearbeitet werden. Die Zusammenlegung der Werkstätten wird hier sicherlich ihren Beitrag leisten können.

Erfreulich ist, dass unser BEE im Jahr 2023 wahrscheinlich wieder einen Gewinn erwirtschaften wird und dies auch im Jahr 2024 fortführen kann. Wir sehen den Bau- und Entsorgungsbetrieb Emden auf sicheren Beinen stehend und möchten uns hierfür bei allen Beteiligten bedanken. Ein Sorgenkind des BEE ist sicherlich die Friedhofsbewirtschaftung, diese benötigt einen erneut höheren Zuschuss von ca. 50.000€. Hier müssen Konzepte erarbeitet/umgesetzt werden, die diesen Trend umkehren, da die traditionellen Erdbestattungen immer weniger werden.

Im nächsten Jahr werden die CO2 Beiträge wieder erhöht, dies sorgt zumindest im nächsten Jahr noch nicht für eine Erhöhung der Gebührensätze, dafür sind wir dankbar, dass die AWE dies noch auffangen kann. Im Jahr 2025, wenn die nächste Erhöhung der CO2 Beiträge ansteht, wird dies aber aller Voraussicht nach anders aussehen, es ist daher notwendig, dass an Maßnahmen zur Einsparung von zu verbrennendem Müll gearbeitet wird.

Protokoll über die Sitzung des Rates

Das von uns stark kritisierte Baugebiet Conrebbersweg-West wird sukzessive weiter geplant und entwickelt. Zuletzt mit einem Beschluss einer Erschließungsstraße, die das gesamte hochwertige Feuchtwiesen-Gebiet unwiderruflich durchschneidet. Es ist und bleibt ein ökologisches Desaster. Uns ist bewusst, dass die Bevölkerungszahl erfreulicherweise wieder über 50.000 gestiegen ist. Damit könnte argumentiert werden, dass neuer Wohnraum geschaffen werden muss. Hinsichtlich der Sozialstruktur unserer Stadt ist es jedoch sehr fraglich, ob manche Personengruppen es sich leisten können, dort überhaupt zu bauen oder zur Miete wohnen zu können. Dem sozialen Wohnungsbau wird nach unserer Ansicht zu wenig Rechnung getragen und „zu stiefmütterlich“ behandelt. Wir hoffen, dass die kommenden Gespräche und Workshops uns vom Gegenteil überzeugen können. Um zum Abschluss zu kommen:

*Viele Themen wurden angesprochen und benannt,
nun haben wir es gleich alle bei der Abstimmung in der Hand.
Von unserer Gruppe ist keiner so recht dagegen,
darum geben wir Grüne feat. Urmel für den Haushalt 24 unseren Segen.*

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit und vielen Dank an meine Gruppenmitglieder für die Zusammenarbeit und die Zuarbeit zu dieser Haushaltsrede.“

Herr Strelow bedankt sich bei Herrn Nützel für seinen Vortrag und erteilt Herrn Mennenga das Wort. **Herr Mennenga** trägt vor:

„Sehr geehrte BürgerInnen und Bürger, sehr geehrte VertreterInnen der Presse, sehr geehrte Verwaltung und liebe Ratsfrauen und Ratsherren, auch das Jahr 2023 neigt sich dem Ende und wir halten die dritte Haushaltsrede in unserer Legislaturperiode. Meine Vorrednerin und Vorredner haben schon eine Menge an Daten und Fakten genannt. Viele Zahlen haben wir schon in den vergangenen Ausschüssen diskutiert und ergründet. Die finanzielle Lage unserer Stadt hat sich nicht gebessert, im Gegenteil, die Lage ist erdrückend schlecht!

An unseren Schulen, die von unseren Kindern tagtäglich besucht werden, hat sich eine Mängel-liste von 22,88 Millionen € angesammelt. Allein die mittelfristigen Aufwendungen belaufen sich auf 13,81 Millionen €. Ein Trauerspiel, dass es so weit kommen konnte. Eigentlich sollten die Schulen die schönsten Gebäude der Stadt sein. Das zeigt wieder mal, dass Kinder in unserer Gesellschaft kaum eine Lobby haben. Deswegen kann man es nur begrüßen, dass mit der historischen hohen Summe von 18,828 Millionen €, der Eigenbetrieb Gebäudemanagement Emden unterstützt wird.

Ein großer Bereich unseres städtischen Haushalts ist sicherlich der Fachbereich 500 Gesundheit und Soziales. Dieser Fachbereich wurde einer Untersuchung unterzogen. Ich möchte aus der Kurzbeschreibung der IST-Situation zitieren:

- 1. Aussage „Die aktuelle Aufbaustruktur wird als äußerst zukunftsfähig angesehen und ist in vielen Aspekten fortschrittlicher als in vergleichbaren Kommunen.“*
- 2. Aussage: „Großes Engagement der Mitarbeitenden bei der Weiterentwicklung und kontinuierlichen Verbesserung von Prozessen und Arbeitsbedingungen.“*

Zwei Aussagen die von Experten in Verwaltungsberatung getätigt worden sind. Den kurzfristigen Stellenbedarf, der aus dieser Untersuchung hervorgeht, werden wir natürlich im vollen Umfang unterstützen. Die Folgen einer Missachtung dieser Bewertung wären zum Beispiel eine Überlastung der Mitarbeiter oder deutlich ansteigende Wartezeiten bei den Anträgen, die nicht hinnehmbar sind.

Protokoll über die Sitzung des Rates

Mit einem Jahresergebnis von über minus 60 Millionen € ist jedoch der Fachbereich 600 Jugend, Schule und Sport der größte Akteur im Haushalt. Der Fachkräftemangel und die steigenden Unterhaltskosten für alle Einrichtungen gehören zu den großen Herausforderungen die dem Fachbereich und Fachdiensten auch in Zukunft schwer zu schaffen machen werden. Die zugesagte Förderung von 2,133 Millionen € für die Ganztagsbetreuung ist „ein Tropfen auf den heißen Stein. Auch der Digitalpakt Schule läuft im Mai 2024 aus. Die Finanzierungslücke gefährdet zeitgemäße Bildung. Die Anschlussfinanzierung durch den angekündigten Digitalpakt 2.0 fehlt weiterhin. Dadurch kommen wir zum Kern des Problems. Kommunale Wärmeplanung, öffentlicher Personennahverkehr, Coronakrise, Flüchtlingskrise usw. usw. Das sind doch die Probleme, die man den Kommunen „in den Magen gedrückt hat“. Ich zitiere aus dem Grundgesetz Art 104a: (Absatz1) „Der Bund und die Länder tragen gesondert die Ausgaben, die sich aus der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ergeben, soweit dieses Grundgesetz nichts anderes bestimmt.“ (Absatz2) „Handeln die Länder im Auftrage des Bundes, trägt der Bund die sich daraus ergebenden Ausgaben.“ Vier weitere Absätze würden noch folgen, dass erspare ich uns jetzt aber. Das ist das Konnexitätsprinzip das heute schon öfter angesprochen wurde.

Wenn wir über unsern kommunalen Haushalt beraten und sprechen, müssen wir Das doch einfordern. Stattdessen überlegen wir weiter, wie wir den Steuerzahler weitere Gebühren und Steuern aufbürden können oder was eventuell noch vertretbar wäre. Lasst uns doch ehrlich miteinander sein, Herr Jahnke hatte es schon des Öfteren erwähnt, wir sitzen nächstes Jahr hier wieder im Ratssaal und diskutieren über Streichungen und Einsparungen. Eine Aussage von der Kommunalaufsicht war doch schon dieses Jahr, dass die Leistungsfähigkeit unserer Stadt nicht festgestellt werden kann.“ Wie denn auch? Wenn Bund und Land ihrem Auftrag nicht hinterherkommen! Wir reglementieren uns kaputt. Von der Entbürokratisierung ist nicht viel zu spüren. Im Gegenteil: für unsere Bundes- und Landtagsabgeordneten scheint Tempo nur ein Taschentuch zu sein.

Unser Präsident des Niedersächsischen Städtetages, Oberbürgermeister Frank Klingebiel, hat es in seiner Rede perfekt dargestellt.

Zitat: „Für die niedersächsischen Kommunen sind die nächsten zwei Jahre Schicksalsjahre, in denen sich vor Ort beweisen wird, ob unser Staat weiter handlungsfähig bleibt, ob die Menschen weiter Vertrauen in unserer demokratisches Staatssystem haben und ob der soziale Frieden in unseren Stadtgesellschaften weiter Bestand haben wird.“

Für mich gibt es eine einfache Faustformel: „Geht es unseren Kommunen gut, geht es automatisch auch Bund und Land gut!“ Und hier sind wir trotz eindringlicher Mahnungen und Warnungen der Kommunalen Spitzenverbände in den letzten Jahren deutlich „in Schieflage geraten“. Marcellus, der Freund von Hamlet, würde bei William Shakespeare sagen: „Etwas ist faul im Staate Dänemark!““. Zitat Ende.

Als Kernelement in diesem Zitat sehe ich den sozialen Frieden. In einer Zeit, wo das rechte Spektrum immer mehr an Zuspruch gewinnt, fängt die konservative Opposition an und redet von Streichungen beim Bürgergeld und Kindergrundsicherung. Unsere Wirtschaft ist dieses Jahr geschrumpft. Der Konsum schwächelt und liegt bei Werten aus 2019. Die Gelder, die hier gestrichen werden sollen, würden dem Konsum natürlich weiter schädigen. Ein ökonomisches Himmelfahrtskommando, wobei wir noch nicht einmal die moralische Bankrotterklärung in Betracht gezogen haben, wieder bei den Ärmsten und Kindern zu streichen.

Auch wenn es hier um den kommunalen Haushalt geht, werde ich es trotzdem hier anbringen, da es sicherlich auch uns in Emden 2026, mit dem Einzug der AfD, treffen wird: Das wichtigste Mittel im Kampf gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit sind Bildung und Aufklärung. Und genau hier plant die Bundesregierung ab 2024 Millionen zu streichen. 20 Millionen € weniger für die politische Bildung, 250 Tausend € für die Amadeu-Antonio-Stiftung, 600 Tausend € für hate aid, 370 Tausend € für das Anne-Frank-Zentrum, usw. Es ist einfach unglaublich. Und weil

Protokoll über die Sitzung des Rates

jetzt wieder jeder denkt oder sagt: „Aber wie wollen wir das alles weiterhin bezahlen?“, möchte ich gerne meine Rede mit einem weiteren Zitat beenden:

„Es gibt kaum ein Land auf der Welt, das Arbeitseinkommen so stark und Vermögen so gering besteuert wie Deutschland“ (Kein Lenin, kein Marx, kein Linker, sondern der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Marcel Fratzscher hat dies gesagt). Danke für die Aufmerksamkeit!“

Herr Strelow bedankt sich bei Herrn Mennenga für seinen Vortrag.

Herr Kruthoff erläutert, er sei studierter Betriebswirt mit Diplom und Master und ein großer Teil seines Studiums habe mit Volkswirtschaft zu tun gehabt. Er würde daher gerne ein paar der geäußerten Annahmen ergänzen, so sei er der Auffassung, dass man entgegen der Annahme von Herrn Eichhorn bei der Zinsentwicklung „den Peak“ gesehen habe. Es sei jetzt so, dass die Zinsen wieder sinken würden und sich eher wieder eine inverse Zinsstruktur abzeichne.

Herr Eichhorn hätte das Thema „Zentralklinik“ angesprochen. Er hätte im letzten Monat im Rahmen der Oberbürgermeisterkonferenz noch einmal von Ministerpräsident Stefan Weil die Aussage bekommen, dass der Förderbescheid kommen werde. Dieser Aussage vertraue er. Es sei seines Erachtens nur noch eine Frage von Wochen, bis die Stadt Emden den Förderbescheid „in den Händen halte“.

Er sei der Meinung, dass die Stadt Emden einen großen Fehler begehen werde, wenn sie das Thema Investitionen nicht voranbringe. Er sei daher bezüglich des Investitionshaushaltes dankbar, dass er so viel Gutes heute dazu gehört hätte. Es müsse gelingen, die Attraktivität der Stadt Emden weiter „nach oben zu schrauben“, der „Turn-around“ sei noch nicht geschafft und das Downgrade noch nicht abgewendet.

Um zur Volkswirtschaft zurückzukommen: Gerade, wenn die Wirtschaft „schwächle“ und dies sei natürlich in der Volkswirtschaft aktuell auch zu sehen, dann gelte es als Kommune entsprechend zu investieren. Er sei froh, dass die Stadt Emden dies tue. Er erachte die Diskussion in Berlin um die Schuldenbremse als falsch und sei verärgert, dass die Schuldenbremse nicht differenziere zwischen Investitionen und laufenden Ausgaben.

An den Rat gewandt führt er aus, dass man aber auch so ehrlich sein solle, dass so manche „Sonderausgabe“, die man sich im eigenen Ergebnishaushalt der Stadt gönne, meistens einstimmige Ratsbeschlüsse gewesen seien. Als Beispiele nennt er das Emdener Modell, mit dem beschlossen worden sei, dass zukünftig weniger Kinder in einer Kindergartengruppe sein sollten als gesetzlich zulässig tatsächlich aufgenommen werden könnten. Daran habe man sogar während der Ukraine-Krise festgehalten. Dies sei seiner Meinung nach nicht besonders solidarisch, da man Kinder im System besserstelle als die außerhalb des Systems. Gleichwohl hätte sich nie eine Mehrheit dafür gefunden, das Emdener Modell abzuschaffen.

Er möchte hier ehrlich sagen: Deutschland sei die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt. Man hätte aktuell mit Japan den Platz in der Rangliste getauscht. Und das nur aus einem Grund, weil Japan demografisch noch katastrophaler aufgestellt sei als Deutschland. Der Aufstieg in der Rangliste liege also nicht an der Stärke von Deutschland, sondern an der Schwäche von Japan. Das Einzige, was tatsächlich in diesem Land helfen würde, sei, dass die Einnahmesituation verändert werde, dass man tatsächlich mehr verdiene und das bedeute, dass man die Chancen, die z. B. in dem Bereich der Nachhaltigkeit, der erneuerbaren Energien lägen, für wirtschaftliches Wachstum nutze. Dafür müsse die Bundesrepublik Deutschland aber auch Rahmenbedingungen schaffen. Aktuell sei das Land nicht wettbewerbsfähig.

Protokoll über die Sitzung des Rates

Er beklagt, was er als „kleiner kommunaler Oberbürgermeister“ erlebe, wenn er Ansiedlungsgespräche führe, wenn er über Strompreise, über Erschließungen des Rysumer Nackens o. ä. diskutiere. Was die Regierung zum jetzigen Zeitpunkt mache, mache Deutschland nicht zukunftsfähig. Um die Menschen nicht „in die Arme der Rechten zu treiben“, sei neben einer guten Regierungsarbeit aber auch ein verantwortungsbewusstes Verhalten der Opposition notwendig. Dies sehe er aktuell auch nicht.

Jeder Minister, der sich hier hinstelle beim Emdener Kaufmannsmahl, beim Nautischen Essen o. ä. und sage, dass Bürokratie abgebaut werden müsse, der könne sich Applaus sicher sein. Und bei jedem denke er immer: *Dann fang' doch an, du hast es doch in deiner Hand!! Sieh' doch zu, dass unser Land wieder wettbewerbsfähig wird!*

Anschließend nimmt er Stellung zu der Aussage von Herrn Verlee bezüglich des Borssumer Freibades. Er weist Herrn Verlee darauf hin, dass die Entscheidung, das Freibad in Borssum zu sanieren und wieder in Betrieb zu nehmen, vor seinem Amtsantritt gefallen sei. Man hätte seinerzeit die Klarheit haben können, den Menschen im Stadtteil Borssum zu sagen, dass das o. g. Freibad nicht wiedereröffnet werde. Man hätte diese Klarheit aber nicht gehabt und es hätte aus allen Fraktionen im Emdener Rat das Votum gegeben, dieses Freibad wieder zu eröffnen. Er weist darauf hin, dass die Stadt für die Sanierung des Freibades Borssum Mittel umgewidmet hätte. Dies sei auch ein Ausdruck der Flexibilität der Stadt Emden, die man bräuchte. Die CDU-Fraktion hätte sich erst vom Projekt Freibad Borssum abgewandt als der „Point of no return“ schon gewesen sei. Wäre diese Haltung mehrheitsfähig gewesen, stünde jetzt eine Bauruine dort und die Stadt müsste Millionen an Fördermitteln an den Bund zurückzahlen.

Ferner nimmt er Stellung zu den Posten „Grundstücksankäufe“: Es seien strategisch wichtig Grundstücke in der Stadt Emden für nachfolgende Generationen zu erwerben, so wie es auch unsere Vorfahren getan hätten, um die Stadt auch in Zukunft entwickeln zu können.

Danach geht er auf die Aussage von Herrn Nützel bezüglich des Baugebietes Conrebbersweg ein. Er bleibe dabei, dass die reduzierte Größe des Baugebietes Conrebbersweg die richtige strategische Entscheidung gewesen sei. Leider sei sie ein wenig spät gekommen, so dass viele junge Familien schon in umliegende Gemeinden, wie z. B. Hinte abgewandert seien. Leider trage die schlechte Zinslage auch nicht dazu bei, den Verkauf der Grundstücke in dem o. g. Baugebiet voranzutreiben. Seines Erachtens sei es aber nachhaltig wichtig für die Zukunft, dieses Baugebiet zu haben, um auf Wunsch die Baugrundstücke anbieten zu können.

Anschließend nimmt er Bezug auf den Stellenplan der Stadt Emden: Er lobt die MitarbeiterInnen der Verwaltung für ihr Engagement, mit welchem sie - trotz der unattraktiven Vergütungsstrukturen im öffentlichen Dienst – ihre Arbeit verrichteten. Von daher sei er der Meinung, dass z. B. die Stelle im Stadtordnungsdienst schon allein wegen des Themas Sicherheit, welches in den letzten Monaten intensiv diskutiert worden sei, wichtig sei. Es ginge nicht um Überwachung, sondern darum, „Hand in Hand“ tatsächlich dafür zu sorgen, dass die Qualität und die Sicherheit, die man auf der Straße haben wolle, gewährleistet werden könne.

Herr Hemken erläutert, Herr Kruihoff und er seien gemeinsam in der Aufsichtsratssitzung gewesen. Da hätte Herr Kruihoff den Mitgliedern vorgeworfen, dass die Entscheidung bezüglich des Freibades Borssum zu einem Zeitpunkt gefällt worden sei, wo er noch nicht im Amt gewesen sei. Dies sei korrekt. Aber Herr Hemken könne sich an einen sehr engagierten Wahlkampf von Herrn Kruihoff erinnern, bei dem die Sanierung des Freibades Borssum ein wichtiger Punkt gewesen sei. Es komme ihm vor, als wenn Herr Kruihoff sich aus der Verantwortung „stehlen möchte“ und dem Rat vorwerfe, dass dieser die Entscheidung vor der Amtszeit von Herrn Kruihoff „gefällt hätte“. Bislang sei er davon ausgegangen, dass Herr Kruihoff hinter der Wiedereröffnung des Freibades Borssum stehe. **Herr Kruihoff** erwidert, dann sei dies ein Missverständnis gewesen

Protokoll über die Sitzung des Rates

und er hätte sich ungeschickt ausgedrückt. Natürlich hätte er im Wahlkampf und auch als Vorsitzender des Sportvereins Blau-Weiß Borssum dafür gekämpft, dass dieses Freibad wieder aufmache. Er führt aus, er stehe vollkommen hinter der Entscheidung. Er empfände es scheinheilig, dass die Gegner des Freibades, jetzt wo die Stimmung sich verändert habe, laut die Kritik äußerten, vorher aber nicht „den Mumm besessen hätten“, den BürgerInnen zu sagen, dass man das Bad schließen wolle.

Herr Renken geht noch einmal auf das Thema „Über- und außerplanmäßige Ausgaben“ ein. Er bedauere, dass diese in der Regel nur im VA vorbereitet und anschließend in den Rat gegeben würden. Seines Erachtens wäre es sinnvoll, diese vorher auch in dem zuständigen Fachausschuss zu beraten, um sie anschließend über den VA das in den Rat zu bringen. **Herr Bolinius** gibt Herrn Renken Recht. Aber es läge bei Herrn Renken als Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen, darauf zu achten, dass dies nicht passiere.

Herr Verlee bittet um eine namentliche Abstimmung für die o. g. Beschlussvorlage. **Herr ten Hove** zeigt sich hierüber verwundert. **Herr Strelow** erwidert, diese müsste lt. der Geschäftsordnung noch von einer zweiten Fraktion mit beantragt werden. Es folgt eine Diskussion zwischen **Herrn Verlee** und **Herrn Renken**. **Herr Kruithoff** teilt zur Geschäftsordnung mit, dass es einer zweiten Fraktion bedürfe, die den Antrag der CDU nach namentlicher Abstimmung unterstütze. **Herr Eichhorn** teilt daraufhin mit, die GfE-Fraktion werde dem Antrag der CDU-Fraktion folgen.

Herr Strelow lässt anschließend über die Veränderungen im Stellenplan gegenüber dem Vorjahr einzeln abstimmen:

1. FD 431 Öffentliche Sicherheit und Ordnung 1 Stelle SOD

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 30	Dagegen: 9	Enthaltungen: 0
-----------	------------	-----------------

2. FB 500 Gesundheit und Soziales 4,85 Stellen

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 34	Dagegen: 5	Enthaltungen: 0
-----------	------------	-----------------

Herr Kruithoff stellt nach der Abstimmung klar, der Stellenplan, so wie er in dem o. g. Fachausschuss vorgestellt worden sei, sei hiermit beschlossen und Bestandteil des Haushaltes. **Herr Strelow** pflichtet dem bei.

Danach lässt Herr Strelow über den Gesamthaushalt namentlich abstimmen. Die Abstimmungsliste wird dem Protokoll der heutigen Sitzung als Anlage 1 angehängt. Im Anschluss daran gibt er das Ergebnis bekannt:

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 34	Dagegen: 5	Enthaltungen: 0
-----------	------------	-----------------

Herr Verlee bedankt sich nach der Abstimmung bei dem Rat für die namentliche Abstimmung. (siehe Anlage 1 des Protokolls). Diese unterstreiche seines Erachtens die Wichtigkeit eines Budgets.

Protokoll über die Sitzung des Rates

TOP 19 Wirtschaftsplan 2024 Gebäudemanagement
Vorlage: 18/0949

Ergebnis: Diese Vorlage wurde ersetzt durch die Vorlage 18/0949/1.

TOP 19.1 Wirtschaftsplan 2024 Gebäudemanagement; Vorlage: 18/0949/1

Herr Verlee bringt seinen Unmut über die Frage eines Ratsmitgliedes bezüglich einer namentlichen Abstimmung zu TOP 19.1 zum Ausdruck. Natürlich werde die CDU-Fraktion, nachdem der Haushalt beschlossen sei, die anderen Punkte mitzutragen. **Herr Renken** erwidert, die Frage sei durchaus berechtigt gewesen, weil die Wirtschaftspläne der Betriebe natürlich über den Haushalt abgestimmt würden. Er verstehe nicht, inwieweit es konsistent sei, wenn man bei einem Haushalt eine namentliche Abstimmung beantrage, aber nicht bei den folgenden Beschlüssen, die für den Haushalt wirksam seien. **Herr Strelow** erinnert an die o. a. Antwort von Herrn Verlee, dass die CDU-Fraktion den weiteren Haushalten zustimmen werde.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden beschließt den der Vorlage 18/0949/1 als Anlage beigefügten Haushaltsplan des Eigenbetriebes „Gebäudemanagement Emden“ mit dem Investitionsprogramm für das Jahr 2024.

Zur zwischenzeitlichen Sicherstellung der Liquidität wird ein Kassenkredit in Höhe von 3.000.000,00 € festgesetzt.

Es ist die Übernahme von weiteren Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeiten in Höhe von 13.741.900 € geplant.

Ergebnis: einstimmig

TOP 20 Wirtschaftsplan 2024 des Bau- und Entsorgungsbetriebes; Vorlage: 18/1019

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt den der Vorlage 18/1019 als Anlage beigefügten Wirtschaftsplan des Bau- und Entsorgungsbetriebes für das Jahr 2024. Zusätzlich wird ein Kassenkredit in Höhe von 2.500.000 € festgesetzt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 21 Änderung des Gesellschaftervertrages der Zukunft Emden GmbH
Vorlage: 18/0984

Beschluss: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Zukunft Emden GmbH werden beauftragt, der Änderung des Gesellschaftervertrages der Zukunft Emden GmbH entsprechend der Anlage der Vorlage 18/0984 zuzustimmen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 22 Änderung des Gesellschaftervertrages der Stadtwerke Emden GmbH
Vorlage: 18/0985

Protokoll über die Sitzung des Rates

Beschluss: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Emden GmbH werden beauftragt, der Änderung des Gesellschaftervertrages der Stadtwerke Emden GmbH entsprechend der Anlage der Vorlage 18/0985 zuzustimmen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 23 Gründung der Komplementär-GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin für die noch zu gründende PV-Freiflächenpark Emden Ost GmbH & Co. KG (Projektname); Vorlage: 18/1072

Herr Ohling nimmt an der Beratung und der Beschlussfassung nicht teil.

Beschluss:

1. Die Vertreter der Stadt Emden und der Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Emden GmbH werden beauftragt, der Beteiligung der Stadtwerke Emden GmbH in Höhe von 50 % an der zu gründenden Komplementär-GmbH für die PV-Freiflächenpark Emden Ost GmbH & Co. KG (Projektname) zuzustimmen.
2. Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Zukunft Emden GmbH werden beauftragt, der Beteiligung der Zukunft Emden GmbH in Höhe von 1 % an der zu gründenden Komplementär-GmbH für die PV-Freiflächenpark Emden Ost GmbH & Co. KG (Projektname) zuzustimmen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 24 Kapitalrücklage der Stadtwerke Emden GmbH; Vorlage: 18/1056

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden weist die Vertreter der Stadt Emden und die Vertreter der Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Emden GmbH an, für das Abrechnungsjahr 2021 folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der steuerliche Vorteil aus der Gegenüberstellung des tatsächlichen SWE-Ergebnisses gegenüber dem fiktiven SWE-Ergebnis ohne den Betriebszweig ÖPNV wird zwischen der Stadt Emden und der Stadtwerke Emden GmbH zu gleichen Teilen aufgeteilt.
2. Die abzuführende Konzessionsabgabe wird auf maximal 2,0 Mio. Euro festgelegt, sich ergebende Überschüsse werden in die Rücklage eingestellt.

Die Beschlüsse zu 1. und 2. bedürfen der jährlichen Bestätigung.

Ergebnis: einstimmig

TOP 25 Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Emden für das Geschäftsjahr 2022; Vorlage: 18/1052

Die vom Mitwirkungsverbot gem. § 41 NKomVG betroffenen Ratsmitglieder nehmen an der Beratung und der Beschlussfassung nicht teil.

Protokoll über die Sitzung des Rates

Beschluss: Gemäß § 23 Abs. 3 Satz 5 NSpG wird beschlossen, dem Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Emden für das Geschäftsjahr 2022 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 26 Feststellung des Jahresabschlusses und Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates der Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing der Stadt Emden GmbH für das Geschäftsjahr 2021; Vorlage: 18/1050

Die vom Mitwirkungsverbot gem. § 41 NKomVG betroffenen Ratsmitglieder nehmen an der Beratung und der Beschlussfassung nicht teil.

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing der Stadt Emden GmbH werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluss für das Geschäftsjahr 2021 anzunehmen,
2. der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2021 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 27 Feststellung des Jahresabschlusses und Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates der Zukunft Emden GmbH für das Geschäftsjahr 2022
Vorlage: 18/1051

Die vom Mitwirkungsverbot gem. § 41 NKomVG betroffenen Ratsmitglieder nehmen an der Beratung und der Beschlussfassung nicht teil.

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Zukunft Emden GmbH werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluss für das Geschäftsjahr 2022 anzunehmen,
2. der Einstellung des Jahresüberschusses in die Gewinnrücklage zuzustimmen und
3. der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2022 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 28 Feststellung des Jahresabschlusses 2020 der Stadt Emden, Ergebnisverwendung und Entlastungserteilung für den Oberbürgermeister; Vorlage: 18/1059

Das vom Mitwirkungsverbot gem. § 41 NKomVG betroffene Ratsmitglied nimmt an der Beratung und der Beschlussfassung nicht teil.

Beschluss:

Protokoll über die Sitzung des Rates

1. Der Rat der Stadt Emden beschließt gemäß §§ 58 Abs. 1 Nr. 10 i. V. m. 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG den Jahresabschluss der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2020,
2. die Entnahme des Fehlbetrages bzw. die Zuführung des Überschusses des Jahresergebnisses 2020 in Höhe von insgesamt - 3.374.356,33 Euro aus der Rücklage gem. §§ 58 Abs. 1 Nr. 10 i. V. m. 123 Abs. 1 Satz 1 NKomVG und § 24 Abs. 1 S. 2 KomHKVO (die Entnahme des Fehlbetrages des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von - 6.447.902,91 Euro aus der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses sowie die Zuführung des Überschusses des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 3.073.546,58 Euro in die Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses)
3. und gemäß §§ 58 Abs. 1 Nr. 10 i. V. m. 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG die Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2020.

Ergebnis: einstimmig

TOP 29 Beschluss des Nahverkehrsplans 2023; Vorlage: 18/0724/2

Herr Falbe erläutert, wie in den Haushaltsreden bereits angesprochen, stehe der Stadt Emden „das Wasser bis zum Hals“. Er zitiert:

„Wenn alles gut laufe, könne die Stadtwerke Emden GmbH ihren Eigenanteil von 1,8 Mio. € aufbringen. Wenn alles gut laufe, würden weniger Luftbusse fahren und die laufenden Kosten des Freibades würden „nicht davonlaufen“. Wenn alles gut laufe, genehmige das Land den Haushalt der Stadt Emden. Aber selbst, wenn all' dies gut laufe, hätte man immer noch einen hochdefizitären Haushalt „ohne Spielraum“.

Es würde immer davon gesprochen, Werte für die Zukunft zu schaffen, für die Kinder und die Enkelkinder. Wenn man bei dem Thema „Schulden“ anfangen sollte, sollte man den nachfolgenden Generationen „einen Spielraum“ zum Handeln hinterlassen. Einige Ratsmitglieder wüssten vielleicht, dass kein Geld für den umfangreichen Nahverkehrsplan zur Verfügung stehe. Man werde daher massiv im nächsten Jahr streichen müssen. Er appelliert an den Rat, diese Erkenntnis etwas vorzuziehen und sich jetzt damit beschäftigen:

Ein gut funktionierender ÖPNV sei unabdingbar und müsse unbedingt verfolgt werden. Man verfolge den richtigen Ansatz, um den Individualverkehr zu begrenzen und das Klima zu entlasten. Um dieses Ziel zu erreichen, sollte man „an den richtigen Stellschrauben drehen“, die ohne Leistungseinbuße leicht „von der Hand gingen“ (Thema Verwaltung der Stadtverkehr Emden).

Wie auch in den vergangenen Monaten schon gesagt, könne die CDU-Fraktion dieser Vorlage nicht zustimmen. Sie sei gespannt und erwarte das Ergebnis im Juni 2024. Gerne sollte die Verwaltung zu diesem Zeitpunkt die Idee der CDU-Fraktion wieder aufgreifen, einen nachhaltigen Mehrwert für die Zukunft der Kinder im Verbund der VEJ zu schaffen, gemeinsam als Ostfriesland. **Herr Nützel** erwidert, er könne nicht verstehen, warum die CDU-Fraktion sich gegen die o. g. Vorlage ausspreche. Herr Falbe hätte die wesentlichen Punkte genannt, warum man einen attraktiven, funktionierenden ÖPNV benötige. Andere Wege zu nutzen, wie z. B. eine Notvergabe, würde nur dazu führen, dass die Qualität des ÖPNVs in Emden schlechter werde. Dies würde dazu führen, dass noch weniger BürgerInnen den ÖPNV nutzten. Deswegen stimme die Gruppe GRÜNE feat. Urmel der o. g. Vorlage zu. **Herr Bolinius** pflichtet den Ausführungen von Herrn Nützel bei. Man hätte zig Sitzungen gehabt, während der die CDU-Fraktion sich nicht geäußert

Protokoll über die Sitzung des Rates

hätte. Die FDP-Fraktion habe hierfür kein Verständnis. Die FDP-Fraktion werde der o. g. Vorlage zustimmen. Man könne sich keine Verzögerung erlauben.

Herr Hemken verweist auf den Vortrag des Gutachters in der Fachausschusssitzung. Der Gutachter hätte dargestellt, warum die Variante der CDU-Fraktion nicht umsetzbar sei. Sinn und Zweck des Überlandverkehrs sei ein anderer als der Stadtverkehr. Diese Auffassung teile die SPD-Fraktion. Deswegen werde sie der o. g. Vorlage zustimmen.

Frau Krantz bedankt sich bei allen Ratsmitgliedern - aber auch bei ihrem Verwaltungsteam - für die intensive Arbeit über zwei Jahre an dem Nahverkehrsplan. Hiermit sei ein guter Grundstein gelegt worden für einen nachhaltigen zukunftsfähigen OPNV, der wieder eine Chance habe, attraktiv zu sein und auch zu dem Klimaschutz in dieser Stadt beitragen werde. Anschließend nimmt sie Stellung zu der Aussage von Herrn Falbe:

Zum einen sei über das Thema Zweckverband schon im letzten Jahr an dieser Stelle diskutiert worden. Man fände im nachgeordneten Punkt noch einmal die Verlängerung der Einführung des Zweckverbandes, da es tatsächlich nicht gelungen sei, innerhalb eines Jahres diesen Zweckverband mit einer entsprechenden Satzung zu gründen, die auch von den Aufsichtsministerien in Hannover so akzeptiert werde. Insofern dürfe der Rat gleich die Verlängerung der Einführung ZVJ und GVJ beschließen.

Anschließend nimmt sie Stellung zu dem Redebeitrag von Herrn Bolinius. Sie verweist darauf, dass die Stadt Emden zwei Sitze in der Gesellschafterversammlung und einen im Vorstand habe. Dies würde sich auch bei einer Mitgliedschaft im ZVJ als politischer Einfluss des Rates nicht ändern.

Auch bei einem Zweckverband, so sehe es die künftige Satzung des ZVJ vor, sei ein Nahverkehrsplan in jeder einzelnen Gebietskörperschaft notwendig. Insofern sei auch eine Stimme gegen den Nahverkehrsplan nicht das Mittel der Wahl, wenn man einen Zweckverband haben möchte.

Herr Verlee beklagt, es sei gesagt worden, die CDU-Fraktion hätte sich nicht frühzeitig zu der o. g. Angelegenheit geäußert. Dies sei nicht korrekt. Die CDU-Fraktion hätte gefragt, ob es – aufgrund der Kostenintensivität - der richtige Weg sei, diesen Nahverkehrsplan so zu erarbeiten. Man gehe davon aus, dass die Haushaltsmittel hierfür nicht ausreichen werden. Er wünsche sich, dass die Finanzen im Mai 2025 eingehalten werden könnten. Ansonsten hätte die CDU-Fraktion Recht. Er hoffe, dann in eine weitere vernünftige Diskussion einzugehen.

Beschluss:

1. Der Bewertung und Abwägung der Stellungnahmen und Anregungen aus dem Beteiligungsverfahren gemäß § 6 Niedersächsisches Nahverkehrsgesetz (NNVG) wird gemäß der Anlage der Vorlage 18/0724/2 zugestimmt. Die in der Synopse aufgeführten Änderungen und Ergänzungen werden in den Entwurf des Nahverkehrsplans (Stand 25.08.2023) übernommen.
2. Der Nahverkehrsplan wird gemäß § 6 NNVG mit Wirkung zum 01.01.2025 beschlossen. Bis dahin gilt der Nahverkehrsplan 2019 und die darin getroffenen Festlegungen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 32	Dagegen: 7	Enthaltungen: 0
-----------	------------	-----------------

Protokoll über die Sitzung des Rates

TOP 30 Gründung einer Verbundstruktur in der Verkehrsregion Ems-Jade bestehend aus dem Zweckverband Verkehrsregion Ems-Jade (ZVEJ) und der Gesellschaft Verkehrsregion Ems-Jade mit beschränkter Haftung (GVEJ); - Verschiebung der Gründung auf Juli 2024; Vorlage: 18/0586/1

Beschluss: Da die Gründung des ZVEJ nicht wie vorgesehen zum 1. Januar 2024 durchgeführt werden kann und die Umwandlung der heutigen VEJ GbR zur GVEJ mbH möglichst zeitgleich mit der Gründung des ZVEJ erfolgen soll, wird die Gründung der GVEJ spätestens auf den 1. Juli 2024 verschoben.

Ergebnis: einstimmig

TOP 31 Umsetzung Deutschlandticket, Ergänzung des öffentlichen Dienstleistungsauftrages; - Anpassung ab 2024; Vorlage: 18/0843/1

Beschluss:

1. Zur Weiterführung des Deutschlandtickets bis zum 30.04.2024 schreibt die Stadt Emden das Anforderungsprofil des öffentlichen Dienstleistungsauftrags, mit dem die Stadtverkehr Emden GmbH seit dem 01.01.2015 mit der Sicherstellung des öffentlichen Personennahverkehrs im Stadtgebiet Emden betraut worden ist, gemäß Nr. 3 Abs. 1 lit. b. öffentlicher Dienstleistungsauftrag um die aus der Anlage zur Vorlage 18/0843/1 ersichtlichen Ergänzungen fort.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, sicherzustellen, dass eine Anerkennung und Anwendung des Deutschlandtickets i.S.d. § 9 Abs. 1 Regionalisierungsgesetz i. V. m. den jeweils deutschlandweit einheitlich geltenden Tarifbestimmungen durch die Stadtverkehr Emden GmbH bis zum 30.04.2024 erfolgt und die hierfür der Stadt Emden nach den Regelungen der dann geltenden Richtlinie Billigkeitsleistungen Deutschlandticket ÖPNV für das Jahr 2024 gewährten Mittel unter Beachtung der sich hieraus ergebenden Vorgaben beihilfekonform weitergeleitet werden können.

Ergebnis: einstimmig

TOP 32 Anpassung der Förderrichtlinie (Modernisierungsrichtlinie) für das Sanierungsgebiet Port Arthur/Transvaal - Südliche Ringstraße; Vorlage: 18/0987

Beschluss: Die Änderung der der Vorlage 18/0987 als Anlage beigefügten Modernisierungsrichtlinie Port Arthur Transvaal/Südliche Ringstraße wird beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 33 Förderrichtlinie (Modernisierungsrichtlinie) für das Sanierungsgebiet in Borssum
Vorlage: 18/0988

Beschluss: Die der Vorlage 18/0988 als Anlage beigefügte Modernisierungsrichtlinie für das Sanierungsgebiet in Borssum wird beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Protokoll über die Sitzung des Rates

TOP 34 Neu-/ Umgestaltung Spielplatz Stephansplatz 2024; Vorlage: 18/1070

Ergebnis: Von der Verwaltung zurückgezogen.

TOP 35 Parkraummanagementkonzept für den Bereich der Emdener Innenstadt
Vorlage: 18/0381/3

Ergebnis: Von der Verwaltung zurückgezogen.

TOP 36 Festsetzung des „Wäldchens ehemaliger Klostersgarten“ (Gemarkung Harsweg, Flur 1, Flurstück 42/1) als geschützter Landschaftsbestandteil gemäß § 29 Bundesnaturschutzgesetz durch Satzung der Stadt Emden gemäß § 22 Niedersächsisches Naturschutzgesetz; Vorlage: 18/0994

Herr Kruithoff nimmt Bezug auf einen Presseartikel v. 15.11.2023 in der OZ. Durch den Zeitungsartikel sei der Eindruck entstanden, dass die EigentümerInnen dieses Grundstückes den Baumfrevler begangen hätten und dort Bäume gefällt hätten. Dies sei nicht korrekt. Die EigentümerInnen hätten sich korrekt verhalten. Sie hätten das Wäldchen zu dem Kleinod werden lassen, welches es heute sei, ohne dass sie es entsprechend nutzen konnten. Er sei den EigentümerInnen sehr dankbar, dass sie so kooperativ in der Verhandlung gewesen seien. Eine Korrektur des Presseberichtes würde er sehr begrüßen. Er hoffe, dieses Grundstück in das Eigentum der Stadt Emden übernehmen zu können, damit es langfristig für die nachfolgenden Generationen gesichert und erhalten werden könne.

Beschluss: Die Festsetzung des „Wäldchens ehemaliger Klostersgarten“ als geschützter Landschaftsbestandteil gemäß § 29 Bundesnaturschutzgesetz wird per Satzung der Stadt Emden beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 37 Änderung der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Emden
Vorlage: 18/1029

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die als Anlage beigefügte 6. Änderungssatzung der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Emden in der Fassung vom 21.06.2017.

Ergebnis: einstimmig

TOP 38 Änderung der Satzung über Entschädigungen für Ehrenbeamte und sonstige Funktionsträger der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Emden; Vorlage: 18/1030

Herr Strelow zeigt sich erfreut über das Engagement der Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage 18/1030 als Anlage beigefügte 17. Satzung über Entschädigungen für Ehrenbeamte und sonstige ehrenamtliche Funktionsträger der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Emden vom 26. Juni 1975.

Ergebnis: einstimmig

Protokoll über die Sitzung des Rates

TOP 39 Charta der Vielfalt; Vorlage: 18/0932

Herr Ouedraogo erläutert, die Charta der Vielfalt sei eine bundesweite Arbeitgeberinitiative zur Förderung von Vielfalt in Unternehmen und Institutionen. Über 4.900 Unternehmen und Institutionen mit fast 15 Mio. Beschäftigten hätten die Charta unterzeichnet. Ziel der Initiative sei, die Anerkennung, Wertschätzung und Einbeziehung der gesellschaftlichen Vielfalt in der Arbeitswelt voranzutreiben. Die Charta beinhalte sechs Grundsätze, zu denen sich die Unterzeichnenden selbstverpflichteten, diese zu beachten und umzusetzen. Eine Überprüfung durch die Initiative finde nicht statt. Man bräuchte niemanden, der die Verantwortung übernehme. Demokratie bedeute Eigenverantwortung. An dieser Stelle möchte er nur die erste und die letzte der sechs Prinzipien zitieren:

- *Eine Organisationskultur pflegen, die von gegenseitigem Respekt und Wertschätzung geprägt ist: Man schafft die Voraussetzungen dafür, dafür, dass Führungskräfte wie Mitarbeitende diese Werte erkennen, teilen und leben. Dabei kommt ihnen eine besondere Verpflichtung zu.*
- *Unsere Belegschaft über den Mehrwert von Vielfalt informieren und sie bei der Umsetzung der Charta einbeziehen.*

Die Gruppe GRÜNE feat. Urmel begrüße die Initiative der Verwaltung, dem Rat heute durch ihren Verwaltungschef Tim Kruithoff die Charta der Vielfalt vorzustellen. Sie werde der o. g. Vorlage zustimmen. **Herr Renken** ergänzt, gelebte Vielfalt und Wertschätzung hätten eine positive Auswirkung auf die Organisation und auf die Gesellschaft in Deutschland. D. h., es ginge nicht nur um die Stadt Emden, sondern um die ganze Stadtgesellschaft, dass man wertschätzend und respektvoll miteinander umginge – unabhängig vom Alter, von ethnischer Herkunft und Nationalität. Dazu gehöre auch das Thema Rassismus, Diskriminierung, wo niemand bestreiten könne, dass man sich auf der einen Seite damit auseinandersetzen müsse und dass man oft auch diesen Gedanken des Rassismus und der Diskriminierung keinen Raum lassen sollte. Dies müsse auch in die Gesellschaft hineinkommuniziert werden. Er wolle dies auch zum Anlass des folgenden Themas nehmen:

Alle würden das Thema „Besuch des Sinterklaas und des Schwarzen Pieten“ kennen. Ein Thema, was in den Niederlanden seit mehr als einem Jahrzehnt zu einer Auseinandersetzung geführt hätte und wo auch eindeutig mittlerweile die große Mehrheit der niederländischen Gesellschaft gesagt hätte: Der Schwarze Piet sei ein Relikt des Kolonialismus. Dies sei ein Produkt des Rassismus. Man wolle dies nicht mehr. Man wolle keine schwarz angemalten Karikaturen der schwarzen Menschen.

Die Stadt Emden sollte dem niederländischen Honorarkonsul Dr. Claas Brons deutlich machen, dass man es für angemessen halte, einen Besuch des Sinterklaas mit seinen Begleitern zu haben, aber nicht in der Art und Weise, dass Rassismus und Diskriminierung darin zum Ausdruck kämen. Er glaube, als offene und diverse Gesellschaft in Deutschland, als Einwanderungsgesellschaft sollte man dies auch so anerkennen und diesen Weg mitgehen. **Herr Kruithoff** erwidert, er hätte in einem freundlichen Brief Herrn Dr. Brons seine Beweggründe dargelegt und ihn gebeten, ab diesem Jahr auf das Blackfacing beim Besuch des Sinterklaas zu verzichten. Leider sei sein Wunsch während des Besuches des Sinterklaas und seinen Pieten nicht berücksichtigt worden. Von daher nehme er den Appell von Herrn Renken gerne auf. Er hoffe, dass dieses Thema im nächsten Jahr der Vergangenheit angehören werde.

Beschluss: Die Stadt Emden schließt sich der bundesweiten Initiative Charta der Vielfalt an und unterzeichnet diese durch den Oberbürgermeister Tim Kruithoff.

Protokoll über die Sitzung des Rates

Ergebnis: einstimmig

TOP 40 Benutzungs- und Gebührenordnung für das Stadtarchiv Emden
Vorlage: 18/1009

Ergebnis: Diese Vorlage wurde ersetzt durch die Vorlage 18/1009/1.

TOP 40.1 Benutzungs- und Gebührenordnung für das Stadtarchiv Emden
Vorlage: 18/1009/1

Herr Strelow verweist auf eine redaktionelle Änderung der Gebührenordnung. **Herr Kruthoff** ergänzt, nunmehr heiße es am Ende der Gebührenordnung: „Für Schülerinnen und Schüler und Studierende ist die Hilfestellung bei der Recherche kostenlos. Für sie gelten um die Hälfte ermäßigte Kopiergebühren.“ Die vorherige Version hätte allein SchülerInnen von allgemeinbildenden Schulen erfasst.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage 18/1009/1 als Anlage beigelegte Nutzungs- und Gebührenordnung des Stadtarchivs Emden.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 41 Terminierung der Sitzungen des Rates, des Verwaltungsausschusses und der Fachausschüsse; - voraussichtliche Sitzungstermine 2024; Vorlage: 18/1020

Herr Strelow weist darauf hin, dass die Sitzungstermine mit den Ausschussvorsitzenden abgesprochen worden seien. Er zeigt sich erfreut über die zusätzlichen Sitzungstermine für den Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz im Jahr 2024.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 42 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Adventskonzert

Herr Kruthoff informiert, am Montag, den 11.12.2023, finde um 19.30 Uhr in der Martin-Luther-Kirche das Adventskonzert mit dem Marinemusikchor Wilhelmshaven statt. Der Erlös ginge traditionell jeweils zur Hälfte an die Jugendarbeit der Paulus-Kirchen-Gemeinde sowie an die Musische Akademie. Die Karten seien im Pavillon am Stadtgarten, der sog. „Welle“, erhältlich. Er würde sich über eine rege Beteiligung an der o. g. Veranstaltung sehr freuen.

2. Neujahrsempfang

Herr Kruthoff fährt fort, am Samstag, den 13.01.2024, werde ab 11 Uhr der Neujahrsempfang der Stadt Emden in der Nordseehalle stattfinden. Anschließend geht er näher auf die Attraktionen des Familientages ein.

Protokoll über die Sitzung des Rates

Abschließend bedankt **Herr Kruthoff** sich beim Rat sowie bei seinem Team für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr. Es sei ein intensives Jahr gewesen, aber er glaube, was der Rat der Stadt für sich in Anspruch nehmen könne, sei, dass er immer – auch bei allen kontroversen Diskussionen – einen respektvollen Umgang miteinander pflege. Dies sei nicht selbstverständlich. Er wünscht allen Ratsmitgliedern ein besinnliches Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr 2024. **Herr Strelow** schließt sich den Worten von Herrn Kruthoff an.

TOP 43 Anfragen

Es werden keine Fragen gestellt.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.